

INHALT:

Editorial

Seite 184

GI Aktuell

Seite 184

GI Leitsätze

Seite 185, 203

Steuerberaterhaftung

Seite 186

Belehrungspflicht / Rechtsmittelfrist / Aussichtslosigkeit
der Klage

(BGH, Urt. v. 11.5.1999 - IX ZR 298/97)

Notarhaftung

Seite 188

Verjährung, § 852 BGB / Kenntnis des Ersatzpflichtigen /
Subsidiäre oder unmittelbare Haftung

(BGH, Urt. v. 25.2.1999 - IX ZR 30/98)

Anwaltshaftung

Seite 192

Versicherungsmandat, Kfz.-Schaden / Verjährung, §§ 852 BGB,
14 StVG, 3 Nr. 3 PfIVG / Anerkenntnis

(OLG München, Urt. v. 21.7.1998 - 5 U 5920/976)

Honorar des Steuerberaters

Seite 193

Unternehmensberatung, Wirtschaftsberatung / Rechtsberatung /
Schlechterfüllung

(OLG Koblenz, Urt. v. 18.6.1998 - 5 U 1653/97)

Honorar des Steuerberaters

Seite 194

Haftung der Kommanditisten / Einwendungen /
Rückzahlung der Einlage

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 4.6.1998 - 13 U 154/97)

Honorar des Steuerberaters

Seite 196

Schriftliche Vereinbarung / Mittelgebühr / Teilnahme
an Betriebsprüfung

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 26.3.1998 - 13 U 63/97)

Haftung des Steuerberaters

Seite 197

Nachbesserung / Neuerstellung der Buchführung /
Kontrolle des Vorberaters

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 8.1.1998 - 13 U 8/97)

Steuerberaterhaftung

Seite 199

Schaden, Vollverzinsung / Mitverschulden, Mahnung zu
fristgerechtem Arbeiten

(AG Kassel, Urt. v. 24.8.1998 - 415 C 5461/97, rkr.)

GI Hinweise

Seite 204



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

der Steuerberater – ebenso wie der Rechtsanwalt und der Wirtschaftsprüfer – **verletzt seine umfassende Beratungspflicht, wenn er den Mandanten nicht über die Klagefrist gegen eine Einspruchsentscheidung belehrt. Der BGH erwartet das selbst dann, wenn er die Klage für aussichtslos gehalten hat.** Der Steuerberater muß belehren, um dem Mandanten eine eigenverantwortliche Entscheidung zu ermöglichen. Sie werden fragen, wo liegt in diesem Fall der Schaden? Der Mandant hatte nach Feststellung des Fristablaufs einen Rechtsanwalt aufgefordert, die steuerliche und verfassungsrechtliche Rechtslage und die sich daraus ergebende Frage der Steuerberaterhaftung zu prüfen. Dieser hatte seine Kosten – die Höchstgebühr – gegenüber dem Mandanten abgerechnet (BGH).

Bei der **Notarhaftung** hat der BGH die für den Verjährungsbeginn notwendige Kenntnis des Geschädigten über alle Voraussetzungen einer Klagebegründung erst dann als gegeben angesehen, als hinreichend **gesichert war, daß der Schaden nicht durch Dritte, sondern nur durch den Amtsträger ausgeglichen werden kann.**

Kommanditisten können persönlich für das Steuerberaterhonorar haften, wenn sie der KG Gelder entzogen haben, die weder aus Darlehenskonten noch aus verteilungsfähigen Gewinnen stammten (Rückzahlung von Einlagen, § 172 Abs. 4 HGB). Einwendungen gegen die Rechnung des Steuerberaters können von ihnen nicht mehr erhoben werden, wenn z.B. die KG sie im Laufe des Honorarprozesses hätte geltend machen können – Präklusionswirkung (OLG Düsseldorf).

Eine wirksame **Honorarvereinbarung des Steuerberaters** verlangt die Erklärung des Mandanten, daß er mit einer bestimmten Gebührenberechnung einverstanden ist. Werden lediglich **keine Einwendungen gegen eine Honorarrechnung** oder ein Informationsschreiben des Steuerberaters erhoben, genügt das nach Auffassung des OLG Düsseldorf nicht.

Für die **Teilnahme an einer Betriebsprüfung** kann ein die **Mittelgebühr überschreitender Ansatz** von 150 DM pro Stunde nicht mit deren Länge und Eilbedürftigkeit begründet werden.

Verlangt der Mandant Ersatz der Kosten für die Nachbesserung der vom Steuerberater abgelieferten Arbeiten, muß er ihm zunächst Gelegenheit geben, in angemessener Frist die Mängel zu beseitigen. Zur Darlegung der Notwendigkeit einer kompletten Neuerstellung genügt nicht die Erklärung einzelner Beispiele.

Der neue Steuerberater hat nicht die Arbeiten des Vorberaters zu prüfen. Anderes gilt, wenn er einen entsprechenden Auftrag bekommen hat. Werden Fehler offenkundig, muß er den Mandanten darüber aufklären (OLG Düsseldorf).



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BGH: Anforderungen der Schriftform des § 566 BGB an die Urkundeneinheit zwischen Vertragsurkunde und Anlagen

Nach § 566 BGB bedarf ein Mietvertrag über ein Grundstück, der für längere Zeit als ein Jahr geschlossen wird, der schriftlichen Form. Ist diese nicht gewahrt, gilt der Vertrag als für unbestimmte Zeit geschlossen und kann mit der gesetzlichen Frist des § 565 BGB frühestens für den Schluß des ersten Jahres gekündigt werden.

In seiner sogenannten „Loseblattentscheidung“ (BGHZ 136, 357) hatte der für gewerbliches Miet- und Pachtrecht zuständige XII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs entschieden, daß ein aus einzelnen Blättern bestehender Mietvertrag die Schriftform auch ohne körperliche Verbindung der einzelnen Blätter wahrt, wenn sich die Einheit der Urkunde aus fortlaufender Paginierung der Blätter, fortlaufender Numerierung der einzelnen Bestimmungen, einheitlicher grafischer Gestaltung, inhaltlichem Zusammenhang des Textes oder vergleichbaren Merkmalen zweifelsfrei ergibt.

Nunmehr hat der Senat über die bislang offen gebliebene Frage entschieden, welche Anforderungen im Hinblick auf § 566 BGB an die Urkundeneinheit zwischen Vertragsurkunde und in Bezug genommenen Anlagen zu stellen sind: Wenn die Parteien Bestimmungen, die Inhalt des Mietvertrages sein sollen, nicht in die Vertragsurkunde selbst aufnehmen, sondern teilweise in andere Schriftstücke „auslagern“, so daß sich der Gesamthalt der mietvertraglichen Vereinbarung erst aus dem Zusammenspiel dieser „verstreuten“ Bestimmungen ergibt, müssen sie zur Wahrung der Urkundeneinheit die Zusammengehörigkeit dieser Schriftstücke in geeigneter Weise zweifelsfrei kenntlich machen (vgl. BGHZ 40, 255, 263; BGH, Urt. v. 21.1.1999 – VII ZR 93/97, MDR 1999, 473). (BGH, Urt. v. 30.6.1999 – XII ZR 55/97)

Pressemitteilung d. BGH Nr. 55/99

BFH: Lohnversteuerung von Beiträgen des Arbeitgebers zu Gruppenversicherungen

Der VI. Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) hat mit Urteilen vom 16.4.1999 – VI R 60/96 und VI R 66/97 erneut zur lohnsteuerlichen Behandlung von Zukunftssicherungsleistungen, die der Arbeitgeber für seine Arbeitnehmer erbringt, Stellung genommen.

In den entschiedenen Fällen hatten Arbeitgeber als Versicherungsnehmer Gruppenunfall- und Gruppenkrankenversicherungen für ihre Arbeitnehmer abgeschlossen. Die von den Arbeitgebern geleisteten **Prämienzahlungen hatte die Finanzverwaltung als steuerpflichtigen Arbeitslohn der Arbeitnehmer angesehen.**

Der BFH bestätigte seine bisherige Rechtsprechung, wonach dem Arbeitnehmer aufgrund der Beitragszahlung des Arbeitgebers ein Vorteil und damit steuerpflichtiger Arbeitslohn erst dann zugeflossen ist, wenn ihm gegen die Versicherung ein unentziehbarer Anspruch auf die Leistung zusteht. Leistet der Arbeitgeber dagegen Beiträge an eine Versorgungseinrichtung, die dem Arbeitnehmer keinen Rechtsanspruch einräumt, sind erst die laufenden von der Versorgungseinrichtung an den Arbeitnehmer ausbezahlten Bezüge als Arbeitslohn zu qualifizieren.

Nach diesen Grundsätzen sind **Beiträge des Arbeitgebers für eine Gruppenkrankenversicherung** seiner Arbeitnehmer steuerpflichtiger Arbeitslohn, wenn die Arbeitnehmer im Krankheitsfall die Ansprüche selbst gegen den Versicherer geltend machen können. Steht andererseits bei einer **Gruppenunfallversicherung** die Ausübung der Rechte aus dem Versicherungsvertrag allein dem Arbeitgeber zu, stellt dessen Beitragsleistung auch dann keinen steuerpflichtigen Arbeitslohn dar, wenn die Arbeitnehmer selbst Anspruchsinhaber sind.

(BFH, Urt. v. 16.4.1999 – VI R 60/96 u. VI R 66/97)

Pressemitteilung d. BFH v. 8.7.1999

BAG: Tarifliche Kündigungsfrist in Konkurs oder Insolvenz

Die Klägerin war seit dem 20.1.1974 als Näherin bei der K-KG beschäftigt. Über das Vermögen der K-KG wurde das Konkursverfahren eröffnet. Der zum Konkursverwalter bestellte Beklagte kündigte das Arbeitsverhältnis auf der Grundlage des § 113 Abs. 1 der Insolvenzordnung (InsO) mit der Kündigungsfrist von drei Monaten zum Monatsende.

Die Klägerin hat die Auffassung vertreten, der Beklagte habe die Kündigungsfrist des kraft beiderseitiger Tarifgebundenheit geltenden Manteltarifvertrages einzuhalten gehabt, wonach die einschlägige Kündigungsfrist drei Monate zum Ende eines Kalendervierteljahres beträgt.

§ 113 Abs. 1 Satz 2 InsO lasse längere tarifvertragliche Kündigungsfristen unberührt. Andernfalls sei das Gesetz verfassungswidrig.

Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht haben die Klage abgewiesen.

Die Revision der Klägerin hatte keinen Erfolg. § 113 Abs. 1 Satz 2 InsO hat jede, auch eine längere tarifvertragliche Kündigungsfrist durch die Frist von drei Monaten zum Monatsende verdrängt. Diese Bestimmung ist nicht verfassungswidrig. Insbesondere liegt kein unzulässiger Eingriff in die Tarifautonomie (Art. 9 Abs. 3 GG) vor. Der Gesetzgeber hat sich im Rahmen seines Beurteilungsspielraums gehalten, als er diesen Interessenausgleich zwischen den Arbeitnehmern und den anderen Gläubigern vorgeschrieben hat.

(BAG, Urt. v. 16.6.1999 – 4 AZR 191/98)

Pressemitteilung d. BAG Nr. 45/99

GI Leitsätze

Werbeverbot/Rechtsanwalt/„Gästebuch“ im Internet

Die Einrichtung eines „Gästebuchs“ innerhalb der Internet-Homepage eines Rechtsanwalts stellt eine unerlaubte Handlung i.S.v. § 43 b BRAO dar, wenn es für beliebige, also auch auf die berufliche Tätigkeit des Anwalts bezogene Äußerungen von „Besuchern“ benutzt werden kann.

(OLG Nürnberg, Endurt. v. 23.3.1999 – 3 U 3977/98, OLG-Report 1999, 199)

Unerlaubte Rechtsberatung/Unternehmensberater

Eine unternehmensberatende Tätigkeit, die auf die Anpassung fremder Vertragsverhältnisse an den tatsächlichen betriebswirtschaftlich-technischen Bedarf des Unternehmens zielt, ist dann keine Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten i.S.d. Art. 1 § 1 RBERG, wenn der sachliche Kern der Prüfung und Verhandlung der vertraglichen Bindungen in betriebswirtschaftlichen und technischen Aspekten liegt (hier: bedarfsgerechte Ausgestaltung von Telekommunikationsanlagen; Abgrenzung zu BGH, Urt. v. 18.5.1995 – III ZR 109/94, MDR 1995, 851 = NJW 1995, 3122). (OLG Frankfurt, Urt. v. 19.2.1999 – 24 U 85/97, OLG-Report 1999, 179)

Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflicht
 - Rechtsmittelfrist
 - Aussichtslosigkeit der Klage
- (BGH, Urt. v. 11.5.1999 - IX ZR 298/97)

Leitsatz:

Ein Steuerberater muß seinen Mandanten auch dann über die Frist zur Anfechtung eines Steuerbescheids belehren, wenn er die Klage für aussichtslos hält.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger hat vom beklagten Steuerberater Schadenersatz wegen Verletzung von Mandatspflichten in Höhe von 99.041,35 DM zzgl. Zinsen verlangt. Ein Schadenposten betrifft „Kosten der vorgerichtlich tätigen Rechtsanwälte ... gemäß Honorarrechnung vom 29. Januar 1996“ in Höhe von 2.328,75 DM. Diese an den Kläger gerichtete Rechnung bezieht sich auf „Beratung im Zusammenhang mit Schadenersatzansprüchen“ gegen den Beklagten nach einem Gegenstandswert von 85.707,10 DM.

Das Landgericht hat die Klage auf Ersatz der Steuernachteile von insgesamt 84.025,10 DM sowie der Aussetzungszinsen von 11.005,50 DM abgewiesen, weil eine - vom Beklagten unterlassene - rechtzeitige Anfechtung der Steuerbescheide erfolglos geblieben wäre. Es hat - unter weiterer Klageabweisung im übrigen - dem Kläger einen Anspruch auf Ersatz des auf ihn entfallenden Anteils von 841 DM an den Gerichtskosten des Finanzgerichtsprozesses - zzgl. Zinsen - zugebilligt, weil der Beklagte pflichtwidrig und schuldhaft ohne Aufklärung des Klägers über die fehlende Erfolgsaussicht eine verspätete Anfechtungsklage eingereicht habe.

Ein Anspruch auf Ersatz der Kosten der vorgerichtlich tätigen Rechtsanwälte in Höhe von 2.328,75 DM bestehe nicht. Der Kläger habe nicht vorgetragen, welche anwaltliche Tätigkeit insoweit entfaltet worden sei; dies ergebe sich auch nicht aus der Honorarrechnung.

Das Berufungsgericht hat die Berufung des Klägers insoweit als unzulässig verworfen, als er den Klageanspruch von 2.328,75 DM zzgl. Zinsen weiterverfolgt hat. Dagegen richtet sich die Revision des Klägers, die im übrigen nicht angenommen worden ist. Soweit die Revision gemäß § 547 ZPO zulässig ist, hat sie im Ergebnis Erfolg.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat die Berufung insoweit, als sie sich gegen die Abweisung des Anspruchs auf Ersatz vorgerichtlicher Anwaltskosten richtet, als unzulässig angesehen, weil die Berufungsbegründung dazu keinen Vortrag enthalte.

Dies beanstandet die Revision zu Recht.

1. Eine **ordnungsmäßige Berufungsbegründung** muß nach § 519 Abs. 3 Nr. 2 ZPO die bestimmte Bezeichnung der im einzelnen anzuführenden Gründe der Anfechtung (Berufungsgründe) sowie der neuen Tatsachen, Beweismittel und Beweiseinreden enthalten, die die Partei zur Rechtfertigung ihrer Berufung anzuführen hat.

Diese Vorschrift soll gewährleisten, daß der Rechtsstreit für das Berufungsverfahren ausreichend vorbereitet wird, indem sie den Berufungskläger anhält, das angefochtene Urteil zu prüfen und sodann geltend zu machen, in welchen Punkten und mit welchen Gründen dieses als unrichtig angesehen wird. Dadurch sollen Gericht und Gegner möglichst rasch und sicher darüber unterrichtet werden, wie der Berufungskläger den Streitfall beurteilt wissen will, und in die Lage versetzt werden, sich auf die Rechtsmittelangriffe erschöpfend vorbereiten zu können.

Deswegen muß die Berufungsbegründung auf den zu entscheidenden Fall zugeschnitten sein und im einzelnen erkennen lassen, in welchen Punkten tatsächlicher oder rechtlicher Art das angefochtene Urteil nach Ansicht des Berufungsklägers unrichtig ist (BGH, Beschl. v. 17.9.1992 - IX ZB 45/92, BGHR-ZPO, § 519 Abs. 3 Nr. 2 - Inhalt, notwendiger 8; Urt. v. 13.11.1997 - VII ZR 199/96, NJW 1998, 1081, 1082; v. 18.6.1998 - IX ZR 389/97, NJW 1998, 3126).

Wird im angefochtenen Urteil ein einziger, auf einen einheitlichen Rechtsgrund gestützter Klageanspruch zurückgewiesen, so genügt für eine ordnungsmäßige Berufungsbegründung regelmäßig ein Angriff, der geeignet ist, dem angefochtenen Urteil die Tragfähigkeit zu nehmen (BGH, Beschl. v. 25.1.1990 - IX ZB 89/89, NJW 1990, 1184; Urt. v. 18.3.1992 - IV ZR 101/91, NJW 1992, 1898 f.). Dagegen muß sich die Berufungsbegründung bei einem teilbaren Streitgegenstand oder bei mehreren prozessualen Ansprüchen

chen mit allen für fehlerhaft gehaltenen Punkten befassen (BGH, Beschl. v. 25.1.1990, a.a.O.; Urt. v. 15.6.1993 - XI ZR 111/92, NJW 1993, 3073, 3074; v. 13.11.1997, a.a.O.). Dies gilt entsprechend, wenn das Gericht seine Entscheidung auf mehrere voneinander unabhängige, selbständig tragende Erwägungen gestützt hat (BGH, Beschl. v. 25.1.1990, a.a.O.; Urt. v. 18.6.1998, a.a.O.).

2. Diesen Anforderungen hat die Berufungsbegründung insoweit entsprochen, als der Kläger Ersatz vorgerichtlicher Anwaltskosten für Beratung über Schadenersatzansprüche gegen den Beklagten wegen seiner Belastung mit Einkommensteuer in Höhe von insgesamt 77.801 DM und Kirchensteuer von 6.224,10 DM, also in der Gesamthöhe von 84.025,10 DM - dies entspricht dem in der Anwaltsrechnung angegebenen Gegenstandswert abzüglich der geltend gemachten Finanzgerichtskosten von 1.682 DM - verlangt hat.

a) Das Urteil des Landgerichts ist dahin zu werten, daß es diesen Anspruch in der Sache für unbegründet gehalten hat. Dies ergibt sich aus folgendem:

Unter Ziffer II seiner Entscheidungsgründe hat das Landgericht die Ersatzansprüche beurteilt, die darauf gestützt werden, daß der Beklagte pflichtwidrig den Kläger zu einer verspäteten Anfechtungsklage veranlaßt habe; in diesem Zusammenhang hat das Landgericht auch einen - noch gesondert zu erörternden - Anspruch auf Ersatz der vorgerichtlichen Anwaltskosten für die Beratung wegen der Finanzgerichtskosten von 1.682 DM geprüft und verneint.

Unter Ziffer I seiner Entscheidungsgründe hat das Landgericht dagegen untersucht, ob die hauptsächlichen Klageansprüche wegen der Steuernachteile bestehen, die mit einer weiteren Pflichtverletzung des Beklagten begründet worden sind, weil dieser die Frist zur Anfechtung der Steuerbescheide versäumt habe. Diesen Anspruch hat das Landgericht verneint, weil auch eine rechtzeitige Klageerhebung erfolglos geblieben wäre. Damit hat das Landgericht zugleich den Anspruch auf Ersatz der vorgerichtlichen Anwaltskosten wegen Beratung über Regreßansprüche wegen der Steuernachteile von insgesamt 84.025,10 DM abgewiesen.

b) Dies hat der Kläger in seiner Berufungsbegründung in einer § 519 Abs. 3 Nr. 2 ZPO genügenden Weise beanstandet. Er hat im einzelnen dargelegt, daß und warum eine recht-

zeitige Anfechtung der Steuerbescheide Erfolg gehabt hätte. Für den daraus folgenden Klageanspruch hat er „hinsichtlich der Schadenhöhe“ auf seine Klagebegründung und seinen Schriftsatz vom 2.12.1996 - richtig: vom 3.12.1996 - verwiesen; dort hatte er im ersten Rechtszuge im Rahmen dieses Klageanspruchs Ersatz der vorgerichtlichen Anwaltskosten von 2.328,75 DM verlangt.

3. Dagegen ist die Berufung insoweit unzulässig, als das Landgericht einen Anspruch auf Ersatz vorgerichtlicher Anwaltskosten betreffend eine Beratung über einen Regreßanspruch wegen der Kosten des zu spät eingeleiteten Finanzgerichtsverfahrens abgewiesen hat, weil der Kläger nicht dargelegt habe, daß sich das anwaltliche Mandat auch darauf erstreckt habe.

Der Kläger hat in seiner Berufungsbegründung nicht dargetan, warum nach seiner Auffassung diese gerichtliche Erwägung die Versagung des Anspruchs nicht trage. Soweit am Schluß der Berufungsbegründung „hinsichtlich der Schadenhöhe“ auf erstinstanzliches Vorbringen verwiesen worden ist, bezieht sich dieses nur auf die Klageansprüche wegen der weiteren Pflichtverletzung, die sich aus der unterlassenen Aufklärung des Klägers über die Klagefrist ergibt.

II.

Da der verbliebene Klageanspruch auf Ersatz der vorgerichtlichen Anwaltskosten wegen der Beratung über einen Regreßanspruch bezüglich der Steuernachteile in Höhe von 84.025,10 DM - dieser Betrag ergibt sich aus dem in der Rechnung angegebenen Gegenstandswert von 85.707,10 DM abzüglich der Finanzgerichtskosten von 1.682 DM - i.S.d. § 565 Abs. 3 ZPO entscheidungsreif ist, kann der Senat von einer Zurückverweisung an das Berufungsgericht absehen und selbst in der Sache entscheiden (vgl. BGHZ 102, 332, 337).

1. Nach seinem unbestrittenen Vorbringen hat der Kläger die Rechtsanwälte mit der entsprechenden Regreßprüfung beauftragt und die berechnete volle Gebühr von 1.985 DM gemäß § 118 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BRAGO zzgl. Auslagen und Umsatzsteuer in Höhe von insgesamt 2.328,75 DM bezahlt. Dieses Honorar ergibt sich auch bei einem Gegenstandswert von 84.025,10 DM. **Entgegen der Ansicht des Beklagten ist nicht nur die Mittelgebühr, sondern die Höchstgebühr gerechtfertigt, weil die Prüfung der steuerlichen Rechtslage - auch aus**

verfassungsrechtlicher Sicht – und der sich daraus ergebenden Fragen der Steuerberaterhaftung schwierig war.

Der Beklagte hat diese Kosten zu erstatten, weil sie aus der Sicht des Klägers zur Wahrnehmung seiner Rechte erforderlich und zweckmäßig und **deswegen eine adäquate Folge der schuldhaften Pflichtverletzung des Beklagten waren** (vgl. BGH, Urt. v. 8.11.1994 – VI ZR 3/94, NJW 1995, 446, 447). **Dieser ist seiner umfassenden Beratungspflicht insoweit fahrlässig nicht nachgekommen, als er den Kläger und dessen Ehefrau als Mandanten nicht über die Klagefrist gemäß § 47 FGO belehrt hat** (vgl. BGH, Urt. v. 18.12.1997 – IX ZR 153/96, GI 1998, 268 = WM 1998, 301, 302). **Auch wenn der Beklagte eine Anfechtung der Steuerbescheide für aussichtslos gehalten hat, so war diese Belehrung doch erforderlich, um den Auftraggebern eine eigenverantwortliche Entscheidung zu ermöglichen.**

2. Die insoweit zuerkannte Zinsforderung ist aus § 286 Abs. 1 BGB begründet. Nach dem unbestrittenen Klagevortrag ist der Beklagte vergeblich zum Ersatz bis Ende Juni 1995 gemahnt worden. Den entsprechenden Zinsschaden hat der Kläger belegt.

Notarhaftung

- Verjährung, § 852 BGB
- Kenntnis des Ersatzpflichtigen
- Subsidiäre oder unmittelbare Haftung (BGH, Urt. v. 25.2.1999 – IX ZR 30/98)

Leitsatz:

Solange rechtlich ungeklärt ist, ob der Notar aufgrund eines Sachverhalts, den der Geschädigte kennt, unmittelbar oder nur subsidiär haftet, und der Geschädigte im letzteren Falle den Ausschluß einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit nicht darzulegen vermag, fehlt ihm in der Regel die für den Verjährungsbeginn erforderliche Kenntnis der Person des Ersatzpflichtigen.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt den beklagten Anwaltsnotar wegen dessen Mitwirkung an einem fehlgeschlagenen Kapitalanlagegeschäft auf Schadenersatz in Anspruch.

Der Kläger schloß am 30.4.1993 mit der C. einen Treuhandvertrag, in dem es unter anderem heißt:

„Der Treugeber“ (Kläger) „überträgt dem Treuhänder“ (C.) „die Aufgabe, sein Kapital in Höhe von 100.000 DM ... für zunächst ein Jahr garantiert verlustsicher anzulegen. Eine Rendite von 10 % per anno ist zu erbringen.“

Der Treuhänder verpflichtet sich, das Kapital gemäß dem vorgenannten Treuhandauftrag verlustsicher zu plazieren. Zusätzlich wird durch einen deutschen Rechtsanwalt und Notar eine Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten abgegeben, die ebenfalls die 10 %ige Renditeleistung beinhaltet.

Der Treuhänder verpflichtet sich zur Rückzahlung von Kapital und 10 % Rendite = 110.000 DM am 01.05.1994 auf ein vom Treugeber zu benennendes Konto ...“

Am 29.4.1993 zahlte der Kläger den Betrag von 100.000 DM an den Anlagevermittler B., der ihm sofort 5.000 DM zurückgab. B. leitete 95.000 DM an die C. weiter. Vor der Zahlung hatte der Kläger eine vom Beklagten unterzeichnete „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ erhalten, in der es heißt:

„Hiermit bestätige ich als Treuhänder, Rechtsanwalt und Notar, daß zur Absicherung der an die ...“ (C.) „von Herrn ...“ (Kläger) ... „übergebenen Anlagegelder in Höhe von 100.000 DM ausreichende Sicherheiten hinterlegt wurden.“

Die Sicherheiten stehen unwiderruflich zur Deckung des Anlagekapitals zuzüglich 10 % zur Verfügung, und zwar für den Fall, daß, aus welchen Gründen auch immer, die ...“ (C.) „die Rückzahlung des Anlagekapitals zuzüglich 10 % = 110.000 DM nicht zum vereinbarten Termin, dem 2. Mai 1994, an den Anleger oder einen von ihm benannten Vertreter vornimmt.“

Ich erkläre ausdrücklich, daß ich beauftragt und bevollmächtigt wurde, bei Nichterfüllung des Anlagevertrages durch die ...“ (C.) „zum Auszahlungstermin unverzüglich aus den hinterlegten Sicherheiten die fällige Summe abzudecken. In Rechtsbeziehung zum Anleger trete ich damit nicht. ...“

Danach folgt über dem in Klammern gesetzten Wort „Stempel“ auf dem linken Teil der Seite ein Stempelabdruck, der mit den Worten be-

ginnt: „Rechtsanwalt und Notar“. Auf dem rechten Teil der Seite befindet sich über den in Klammern befindlichen Worten: „Rechtsanwalt und Notar“ die Unterschrift des Beklagten.

Das Original der Urkunde sandte der Beklagte dem Kläger per Einschreiben mit Rückschein zu. Die C. legte die vom Kläger erhaltenen Gelder bei der E. an. DM-Barbeträge, die mindestens dem Nominalanlagekapital der Anleger zuzüglich einer Rendite von 10 % entsprachen, sollten in Schließfächern von Banken hinterlegt werden.

Am 31.3.1993 mieteten der Beklagte und der Direktor der E., H., gemeinsam bei der Kreditbank in Antwerpen einen Safe. Dort wurde ein von H. mitgebrachter Betrag von 3,3 Mio. DM – verteilt auf 33 Umschläge – eingelegt. Der laut Mietvertrag einzige Safeschlüssel blieb im Besitz des Beklagten. Dieser und H. erhielten von der Bank eine Zugangskarte zum Saferaum, aus deren farblicher Gestaltung sich ergab, daß nur beiden gemeinsam der Zugang zum Saferaum zu gewähren war.

Am 21.10.1993 wurde durch Beschluß des Fürstlich Liechtensteinischen Landgerichts über das Vermögen der C. das Konkursverfahren eröffnet. Am 30.11.1993 wurde der Safe von der belgischen Staatsanwaltschaft geöffnet und festgestellt, daß er leer war. Nach H. wird von Interpol gefahndet.

Der Kläger verlangte vom Beklagten mit einer am 8.10.1993 eingereichten Klage Schadenersatz. Diese Klage nahm er im Hinblick auf mehrere gegen den Beklagten anhängige Parallelprozesse noch vor Zustellung zurück.

Nach Abschluß der durch Senatsurteil vom 21.11.1996 (IX ZR 182/95, BGHZ 134, 100) entschiedenen Sache hat der Kläger einen Mahnbescheid in Höhe von 95.000 DM beantragt, der dem Beklagten am 23.12.1996 zugestellt wurde.

Der Beklagte hat Widerspruch erhoben und sich im Klageverfahren auf Verjährung berufen. Das Landgericht hat die Klage aus diesem Grunde abgewiesen, das Oberlandesgericht die Berufung zurückgewiesen.

Mit der Revision verfolgt der Kläger den Anspruch weiter.

Die Revision hat Erfolg; die Klage ist im wesentlichen begründet.

Aus den Gründen:

I.

Der Beklagte haftet dem Kläger wegen der „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ aus einer schuldhaften Amtspflichtverletzung als Notar (§ 19 Abs. 1 BNotO). Der geltend gemachte Schaden ist auf diese Handlung zurückzuführen. Es kommt nicht darauf an, ob dem Kläger eine anderweitige Ersatzmöglichkeit zur Verfügung steht.

Die Tätigkeit des Beklagten betraf ein Amtsgeschäft nach Maßgabe der §§ 23, 24 BNotO, und die Adressaten der „Erklärung über die hinterlegten Sicherheiten“ waren Auftraggeber i.S.v. § 19 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 BNotO. Das hat der Senat in dem den Parteien bekannten Urteil vom 21.11.1996 (BGHZ 134, 100, 104 ff = GI 1997, 133) für einen Parallellfall im einzelnen begründet. Auf diese Ausführungen, gegen die sich der Beklagte nicht wendet, wird verwiesen.

II.

Nach Auffassung des Berufungsgerichts sind die Ansprüche des Klägers jedoch verjährt. Dieser habe, wie die im Oktober 1993 eingereichte Klage zeige, bereits damals ausreichende Kenntnis vom Schaden und der Person des Schädigers gehabt. Die Verjährungsfrist habe nicht etwa wegen einer besonders verwickelten Rechtslage erst zu einem späteren Zeitpunkt eingesetzt. Der zur Klärung der Rechtsfrage einzuschlagende Weg sei nicht zweifelhaft gewesen. Man habe lediglich nicht voraussehen können, wie die mit den damals schon anhängigen Prozessen befaßten Gerichte den Sachverhalt rechtlich beurteilen würden. Die dreijährige Verjährungsfrist des § 852 BGB sei daher im Oktober 1996 abgelaufen.

Dem ist aus Rechtsgründen nicht zu folgen. Der geltend gemachte Anspruch könnte nur dann verjährt sein, wenn die gemäß § 852 Abs. 1 BGB maßgebliche Kenntnis des Klägers für einen früheren Zeitpunkt als drei Jahre vor Klageerhebung anzunehmen wäre. Vor dem 23.12.1993 hat die Verjährungsfrist jedoch nicht zu laufen begonnen.

1. Schadenersatzansprüche aus notarieller Amtspflichtverletzung verjähren in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in welchem der Verletzte von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt (§ 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO i.V.m. § 852 Abs. 1 BGB). Die danach er-

forderliche Kenntnis hat der Betroffene, sobald er die schädlichen Folgen dergestalt kennt, daß er eine Schadenersatzklage – zumindest in der Form der Feststellungsklage – mit einigermaßen sicherer Aussicht auf Erfolg erheben kann, die Klageeinreichung ihm also zumutbar ist (BGHZ 102, 246, 248; BGH, Urt. v. 15.10.1992 – IX ZR 43/92, NJW 1993, 648, 653 = GI 1994, 2).

Erforderlich und genügend ist dafür im allgemeinen **die Kenntnis der tatsächlichen Umstände, aus denen sich der Schaden und die Person des Schädigers ergeben. Nicht vorausgesetzt wird die zutreffende rechtliche Würdigung des bekannten Sachverhalts. Daher kommt es grundsätzlich nicht darauf an, ob der Kläger die Rechtswidrigkeit des Geschehens, das Verschulden des Schädigers und den in Betracht kommenden Kausalverlauf richtig einschätzt** (ständige Rechtsprechung: BGH, Urt. v. 15.10.1992 – IX ZR 43/92, NJW 1993, 648, 653 = GI 1994, 2; v. 22.6.1993 – VI ZR 190/92, NJW 1993, 2614; v. 24.6.1993 – IX ZR 84/92, NJW 1993, 2741, 2743).

Rechtlich fehlerhafte Vorstellungen des Geschädigten beeinflussen den Beginn der Verjährung in der Regel nicht, weil er die Möglichkeit hat, sich beraten zu lassen. **Ist die Rechtslage dagegen unübersichtlich oder zweifelhaft, so daß sie selbst ein rechtskundiger Dritter nicht einzuschätzen vermag, kann der Verjährungsbeginn auch wegen Rechtsunkenntnis hinausgeschoben sein** (BGHZ 6, 195, 202; BGH, Urt. v. 29.4.1982 – III ZR 163/80, VersR 1982, 898, 899; v. 15.10.1992, a.a.O.; v. 24.2.1994 – III ZR 76/92, NJW 1994, 3162, 3164), **weil es an der Zumutbarkeit der Klageerhebung als übergreifender Voraussetzung für den Verjährungsbeginn** (vgl. BGHZ 122, 317, 325 f) fehlt.

2. Wurde die Amtspflichtverletzung lediglich fahrlässig begangen, stellt das Fehlen der anderweitigen Ersatzmöglichkeit – von den unter 3. zu erörternden Ausnahmen abgesehen – eine zur Klagebegründung gehörende Voraussetzung dar. Deshalb muß sich hier die gemäß § 852 Abs. 1 BGB erforderliche Kenntnis darauf erstrecken, daß der Schaden jedenfalls nicht vollständig auf andere Weise gedeckt werden kann (BGHZ 102, 246, 248 f; 121, 65, 71; BGH, Urt. v. 31.10.1985 – IX ZR 13/85, NJW 1986, 1866, 1867; v. 21.3.1989 – IX ZR 155/88, BGHR-BNotO, § 19 Abs. 1 Satz 2 – Verjährung 2; v. 24.6.1993 – IX ZR 84/92, NJW 1993, 2741, 2744).

Ob der Geschädigte mit Erfolg einen Dritten auf Leistung von Schadenersatz in Anspruch zu

nehmen vermag, kann von tatsächlichen und rechtlichen Fragen abhängig sein. **Der Kläger muß gegebenenfalls fähig sein, schlüssig darzulegen, daß die Haftung Dritter ausscheidet.** Erst dann ist ihm die Erhebung einer Amtshaftungsklage zuzumuten. Ob das Wissen, daß eine anderweitige Ersatzmöglichkeit ausscheidet, im allgemeinen die Einsicht in rechtliche Zusammenhänge voraussetzt, kann hier offenbleiben.

Jedenfalls beginnt bei insoweit zweifelhafter oder unübersichtlicher Rechtslage die Verjährung erst dann, wenn hinreichend gesichert ist, daß der Schaden nur durch Inanspruchnahme des Amtsträgers ausgeglichen werden kann. **Hätte der Geschädigte sich allerdings schon vorher im Prozeßwege oder auf andere Weise Klarheit verschaffen können, ob und in welcher Höhe Ansprüche gegen Dritte durchsetzbar sind, ist jener fiktive Zeitpunkt maßgebend** (BGHZ 121, 65, 71; BGH, Urt. v. 17.12.1992 – III ZR 114/91, NJW 1993, 933, 934; v. 24.6.1993, a.a.O.).

3. Im Streitfall war der Anspruch gegen den beklagten Notar aus § 19 Abs. 1 BNotO, wie der Senat im Urteil vom 21.11.1996 ausgeführt hat (BGHZ 134, 100, 111 ff), unabhängig von einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit begründet, weil die Empfänger der „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ als Auftraggeber i.S.d. § 19 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 BNotO anzusehen waren. Gleichwohl kann hier die Verjährungseinrede nicht mit der Erwägung durchgreifen, der Kläger habe den Schaden und die Person des Ersatzpflichtigen schon im Oktober 1993 gekannt.

a) **Kennt der Geschädigte die Tatsachen nicht, von denen abhängt, ob ihm der Träger der Amtspflicht subsidiär oder uneingeschränkt haftet, befindet er sich ebenso wie derjenige, der zwar weiß, daß er den Ausschluß anderweitiger Ersatzmöglichkeiten darlegen muß, aber noch nicht absehen kann, ob die Inanspruchnahme des Dritten gelingt, in Ungewißheit über die Person des Ersatzpflichtigen und ist daher verjährungsrechtlich jenem gleichzu behandeln.**

Eine Klage ist ihm erst dann zumutbar, wenn er entweder weiß, daß eine anderweitige Ersatzmöglichkeit zumindest teilweise ausscheidet, oder er die Tatsachen kennt, die einen Ausnahmestatbestand – vorsätzliches Handeln, Beauftragung mit einem in §§ 23, 24 BNotO bezeichneten Amtsgeschäft – begründen. Bevor weder die eine noch die andere Voraussetzung erfüllt ist, verfügt der Geschädigte nicht über

das Wissen, welches eine Klageerhebung hinreichend erfolversprechend erscheinen läßt. Er muß vielmehr befürchten, schon deshalb mit seinem Begehren zu scheitern, weil er die anderweitige Ersatzmöglichkeit nicht auszuräumen vermag.

b) Sind die Tatsachen geklärt und ergibt sich danach aus Rechtsgründen, daß es auf eine anderweitige Ersatzmöglichkeit nicht ankommt, ist es im Regelfall angemessen, daß die Verjährung beginnt, sobald der Geschädigte die tatsächlichen Umstände kennt; **denn die für eine zumutbare Klageerhebung erforderliche Rechtskenntnis kann er sich dann dadurch beschaffen, daß er Rechtsrat in Anspruch nimmt.**

Ist dagegen auf der Grundlage der bekannten Tatsachen gerade die Frage, ob der Amtshaftungsanspruch unabhängig von einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit begründet ist, rechtlich schwierig zu beantworten und durch die Rechtsprechung noch nicht geklärt, fehlt dem Geschädigten somit die Möglichkeit, zu dem Problem hinreichend Aufschluß zu erhalten, besteht für ihn die gleiche Unsicherheit wie bei fehlender Kenntnis der rechtserheblichen Tatsachen.

Solange er das zur rechtlichen Einordnung notwendige Wissen nicht erlangen kann, bei lediglich subsidiärer Haftung des Notars aber eine anderweitige Ersatzmöglichkeit nicht auszuschließen vermag, weiß er nicht, ob der Notar zum Kreis der Ersatzpflichtigen gehört. Ist diese Frage aber zweifelhaft, fehlt es an einem Element der Kenntnis, das § 852 Abs. 1 BGB fordert (vgl. BGH, Urt. v. 11.5.1964 - VII ZR 177/62, VersR 1964, 927, 928). Daher beginnt in einem solchen Falle die Verjährung nicht, bevor rechtlich hinreichend zu erkennen ist, daß der Notar nicht lediglich subsidiär, sondern unmittelbar haftet.

4. Ein solcher Ausnahmefall bestand für den Kläger bis zum Senatsurteil vom 21.11.1996.

a) Der in § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO verwendete **Begriff des Auftraggebers** erfaßt bei wörtlichem Verständnis nur solche Personen, die sich selbst an den Notar mit dem Ersuchen um Vornahme des Amtsgeschäfts gewandt haben. Bei einer solchen Auslegung der Vorschrift war der Kläger, dessen Rechtsbeziehung zum Beklagten allein daraus erwachsen war, daß er auf Veranlassung der C. dessen „Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten“ erhalten hatte, nicht dem Kreis der Auftraggeber zuzurechnen.

b) **Vor dem Senatsurteil vom 21.11.1996 waren keine Urteile ergangen, auf die der Kläger die Auffassung hätte stützen können, er gehöre zu den Auftraggebern i.S.d. § 19 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 BNotO.** Frühere Urteile des Bundesgerichtshofs hatten zwischen dem Auftraggeber und den sonstigen Beteiligten unterschieden, das materielle Interesse des begünstigten Dritten also nicht ausreichen lassen (vgl. BGH, Urt. v. 6.12.1963 - VI ZR 292/62, VersR 1964, 320; ebenso wohl: Urt. v. 11.2.1983 - V ZR 300/81, WM 1983, 416, 417).

Eine in der Literatur vertretene Auffassung rechnete zwar auch den mittelbar Beteiligten zu den Auftraggebern, jedoch nur, sofern der Notar ihm gegenüber selbständige Pflichten übernommen hatte (Haug, Die Amtshaftung des Notars, Rdnr. 204; Arndt/Lerch/Sandkühler, BNotO 3. Aufl., § 19 Rdnr. 195). Ob die Übersendung einer Bestätigung wie im Streitfall derartige Pflichten begründete, war vor Erlass des in die Amtliche Sammlung aufgenommenen Senatsurteils vom 21.11.1996 völlig unsicher. Nicht nur die Vorinstanzen in jenem Rechtsstreit, auch das OLG Hamm in weiteren, bei dem Senat anhängig gewesenen Parallelverfahren (z.B. Urt. v. 24.3.1995 - 11 U 155/94) hatten die Kläger nicht als Auftraggeber i.S.v. § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO angesehen.

Im Hinblick darauf fehlte dem Kläger vor Abschluß des durch das Senatsurteil vom 21.11.1996 entschiedenen Rechtsstreits eine geeignete Grundlage für die Annahme, er brauche wegen einer uneingeschränkten Haftung des Beklagten nach § 19 Abs. 1 BNotO anderweitige Ersatzmöglichkeiten nicht auszuschließen. Das diesem Urteil vorausgegangene Berufungsurteil hatte vielmehr die Klage gerade deshalb abgewiesen, weil Ansprüche gegen den Anlageberater und den ehemaligen Bevollmächtigten der C. in Betracht kämen. Daher war dem Kläger bis zum Erlass des Senatsurteils vom 21.11.1996 eine Klage gegen den Beklagten mangels hinreichend wahrscheinlicher Erfolgsaussicht nicht zuzumuten.

5. Allerdings kann der Geschädigte den Beginn der Verjährungsfrist nicht durch eigene Untätigkeit beliebig hinausschieben. Nach ständiger Rechtsprechung beginnt für Amtshaftungsansprüche, bei denen der Ausschluß einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit zur Schlüssigkeit der Klage gehört, die Verjährungsfrist schon zu dem Zeitpunkt, in dem der Kläger sich hinreichende Klarheit hätte verschaffen

können, daß ein Ersatzanspruch gegen andere Personen seinen Schaden nicht vollständig deckte (vgl. BGHZ 102, 246; 125, 65, 71).

Ob dieser Grundsatz entsprechend gilt, wenn die Frage einer Primärhaftung des Amtsträgers rechtlich noch ungeklärt ist, der Geschädigte jedoch weder diesen noch eventuelle andere Ersatzpflichtige in Anspruch genommen hat, braucht nicht entschieden zu werden. Der Beklagte hat selbst nicht behauptet, daß der Kläger diese Kenntnis schon vor dem 23.12.1993 erhalten hätte, wenn er sogleich zwar nicht gegen den Beklagten, aber gegen andere als Schädiger in Betracht kommende Personen vorgegangen wäre. Daher ist die Klage in jedem Falle vor Ablauf der Verjährungsfrist erhoben worden.

III.

Da alle übrigen Voraussetzungen des Anspruchs geklärt sind, kann der Senat in der Sache selbst entscheiden (§ 565 Abs. 3 Nr. 1 ZPO).

Der Schadenersatzanspruch ist aus § 19 Abs. 1 BNotO in der geltend gemachten Höhe begründet; Zinsen stehen dem Kläger jedoch erst seit Zustellung der Klage in diesem Rechtsstreit zu. Durch den Vorprozeß aus dem Jahre 1993 geriet der Beklagte nicht in Verzug, weil es an der Zustellung der Klage fehlt (vgl. § 284 Abs. 1 Satz 2 BGB). Sonstige verzugsbegründende Tatsachen sind nicht vorgetragen.

Anwaltshaftung

- Versicherungsmandat, Kfz.-Schaden
- Verjährung, §§ 852 BGB, 14 StVG, 3 Nr. 3 PflVG
- Anerkenntnis

(OLG München, Urt. v. 21.7.1998 - 5 U 5920/976, AnwBl 1998, 609)

Leitsätze:

1. Nimmt ein Versicherer in einer von ihm vorformulierten Abfindungserklärung von sich aus den Vorbehalt für künftigen materiellen Schaden mit auf, hat er die Klägerin von der Erhebung einer Feststellungsklage abgehalten.

2. Der Versicherer muß sich dann hinsichtlich der Verjährung so behandeln lassen, als sei Feststellungsklage erhoben worden.

Aus den Gründen:

Die zulässigen Berufungen der Klägerin und ihrer Streithelferin sind unbegründet.

Die Vorinstanz hat die Klage gegen den Beklagten zu Recht abgewiesen, weil der Klägerin durch das Verhalten ihres damaligen anwaltlichen Vertreters, des Beklagten, kein Schaden entstanden ist. Die Streithelferin als Haftpflichtversicherer des Schädigers kann sich gegenüber der Klägerin nicht auf die Einrede der Verjährung berufen. Sie hat die Regulierung von Verdienstausfall ab 1.7.1991 zu Unrecht wegen Verjährung abgelehnt. Damit sind dem Beklagten im Zusammenhang mit seiner Mandaterfüllung bezüglich der Unfallangelegenheit der Klägerin keine Pflichtverletzungen anzulasten.

Die Streithelferin kann sich im Rahmen der am 3.6.1991 von der Klägerin abgegebenen Abfindungserklärung nicht darauf berufen, daß alle in der Abfindungserklärung vorbehaltenen zukünftigen materiellen Schäden der dreijährigen Verjährung des § 852 BGB, § 14 StVG, § 3 Nr. 3 PflVG unterliegen.

Zwar hat der BGH in seiner Entscheidung vom 26.5.1992 (*VersR 1992, 1091*) **klargestellt, daß der Schadenersatzanspruch eines Unfallgeschädigten gegen die Haftpflichtversicherung des Schädigers in 3 Jahren verjährt, wenn der Haftpflichtversicherer lediglich ein deklaratorisches Anerkenntnis in der Weise abgibt, daß von der Abfindung der zukünftige materielle Schaden, soweit kein Sozialversicherer leistet, ausgenommen bleibt.**

Der BGH hat allerdings ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich der Haftpflichtversicherer dann nicht auf die Verjährung berufen kann, **wenn in der Aufnahme des Vorbehalts in die Abfindungserklärung und deren Entgegennahme durch den Haftpflichtversicherer ein zu einer Verjährungsfrist von 30 Jahren führendes selbständiges Anerkenntnis des Haftpflichtversicherers i.S.v. § 781 BGB liegen würde** oder wenn durch Vereinbarung der Parteien der Anspruch des Geschädigten auf Ersatz seines Zukunftschadens wie bei einem Feststellungsurteil gemäß § 218 Abs. 1 BGB von der Verjährungseinrede des Haftpflichtversicherers aus § 852 Abs. 1 BGB befreit worden wäre (BGH, *VersR 1992, 1091*).

Die Entgegennahme der Abfindungserklärung durch die Streithelferin bewirkt im vorliegenden Fall nach Auffassung des Senats, daß sich

diese nicht auf die dreijährige Verjährung berufen kann, da hier die Annahme begründet ist, daß die Geschädigte und Anspruchsinhaberin „konstitutiv“ von der Verjährungseinrede befreit sein sollte. **Eine Befreiung der Klägerin von der Verjährungseinrede kommt dann in Betracht, wenn es dem Schädiger bzw. seinem Versicherer, also der Streithelferin, darum geht, die Erhebung einer Feststellungsklage, die im Erfolgsfalle zu einem langfristigen Ausschluß der Verjährungseinrede führt, abzuwenden.**

Im vorliegenden Fall lag zwar noch keine Feststellungsklage der Klägerin vor, die infolge der Abfindungserklärung zurückgenommen wurde (wie im Fall des OLG Oldenburg, NJW-RR 1997, 1181). Das Verhalten der Streitverkündeten stellt sich jedoch als gleichwertig dar. Die Streitverkündete hat nicht einen von der Klägerin vorgelegten Abfindungsvertrag mit Vorbehalt entgegengenommen. Sie hat vielmehr von sich aus ein Vergleichsangebot umfassend vorformuliert und den Vorbehalt für künftigen materiellen Schaden von sich aus mitaufgenommen. Damit hat die Streitverkündete nicht erst die Erhebung einer im Raum stehenden Feststellungsklage abgewartet, sondern die Klägerin von der Erhebung einer solchen Feststellungsklage bereits im Vorfeld abgehalten.

Der Senat stellt dieses aktive Mitwirken der Streithelferin, das letztlich dazu führte, daß keine Feststellungsklage im Vertrauen auf den Vorbehalt erhoben wurde, der Konstellation gleich, daß wegen der Einräumung des Vorbehalts eine bereits anhängige Feststellungsklage zurückgenommen wird (vgl. OLG Oldenburg, a.a.O.). (...)

Honorar des Steuerberaters

- Unternehmensberatung, Wirtschaftsberatung
 - Rechtsberatung
 - Schlechterfüllung
- (OLG Koblenz, Urt. v. 18.6.1998 - 5 U 1653/97)

Leitsatz (d. Red.):

Eine Tätigkeit auf dem Gebiet der Unternehmensberatung verstößt nicht gegen das Rechtsberatungsgesetz, wenn der Schwerpunkt auf wirtschaftlichem Gebiet liegt und die Wahrnehmung wirtschaftlicher Belange bezweckt (hier: Verkaufsunterstützung und Bewertung der Unternehmenskennzahlen).

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin beansprucht von dem Beklagten ein Honorar von 34.500 DM für „Begleitung und Beratung beim Unternehmensverkauf“ der M.-GmbH und stützt sich dabei auf die vom Beklagten unterschriebene Urkunde vom 9.6.1995.

Gegen das der Klage stattgebende Urteil des Landgerichts richtet sich die Berufung des Beklagten, mit der dieser im wesentlichen ausführt: Am 12.1.1995 sei ein Beratervertrag zwischen der Klägerin und der M.-GmbH zu einem monatlichen Honorar von 500 DM zzgl. Nebenkosten geschlossen worden. Als im Frühjahr 1995 Verhandlungen wegen des Verkaufs der M.-GmbH an D.S. begonnen worden seien, sei er davon ausgegangen, daß die Tätigkeit des Geschäftsführers der Klägerin im Zusammenhang mit diesem Beratungsvertrag für die M.-GmbH erbracht werde. Es sei zwar von einer gesonderten Vergütung, nicht aber von einem gesonderten Vertrag zwischen den Parteien gesprochen worden. Der Geschäftsführer der Klägerin habe nur an zwei Gesprächen teilgenommen und sei schlecht vorbereitet gewesen. An seinem Verhalten sei letztlich der Vertragsschluß gescheitert.

Die Klägerin hält dem entgegen, als der Verkauf der M.-GmbH angestanden habe, habe der Beklagte in diesem Zusammenhang Beratung gewünscht. Mit ihm persönlich sei der Vertrag geschlossen worden. Es habe fünf Gespräche mit den beteiligten Firmen, ferner etwa 15 Arbeitsgespräche mit dem Beklagten gegeben. Dabei habe der Geschäftsführer der Klägerin die betrieblichen Unterlagen und Unternehmenszahlungen verfügbar gehalten. Letztlich habe der Beklagte von einem Verkauf Abstand genommen. (...)

Die zulässige Berufung ist nicht begründet.

Aus den Gründen:

Die Klägerin ist parteifähig. Dies ergibt sich aus ihrem Vorbringen zu Ziffer I der Berufungserwidern und dem hierzu in Ablichtung vorgelegten Auszug aus dem Handels- und Gesellschaftsregister des Bezirksgerichts von und zu Luxemburg. Der Beklagte hat hierauf nicht mehr erwidert.

Gemäß der Urkunde vom 9.6.1995 haben die Parteien einen Dienstvertrag geschlossen, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hatte.

Der Beklagte ist verpflichtet, die vereinbarte Vergütung zu entrichten (§§ 675, 611 BGB).

Der Vertrag ist wirksam, **ein Verstoß gegen das Rechtsberatungsgesetz ist nicht ersichtlich** (§ 134 BGB). Eine erlaubnispflichtige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten liegt dann vor, **wenn die in Rede stehende geschäftsmäßige Tätigkeit das Ziel verfolgt, konkrete fremde Rechte zu verwirklichen oder konkrete fremde Rechtsverhältnisse zu gestalten**. Im Falle wirtschaftlicher und rechtlicher Beratung kann im Einzelfall die Abgrenzung schwierig sein, weil eine Besorgung wirtschaftlicher Belange öfters auch mit rechtlichen Vorgängen verknüpft ist.

Auf dem Gebiet der Unternehmensberatung ist nach der Rechtsprechung auf den Kern und den Schwerpunkt der Tätigkeit abzustellen, mithin darauf, ob sie überwiegend auf wirtschaftlichem Gebiet liegt und die Wahrnehmung wirtschaftlicher Belange bezweckt oder ob die rechtliche Seite der Angelegenheit und die Klärung rechtlicher Verhältnisse im Vordergrund stehen. Eine Beratungstätigkeit, die überwiegend auf wirtschaftlichem Gebiet liegt, verstößt nicht gegen das Rechtsberatungsgesetz, wenn der Berater daneben rechtliche Belange zu besorgen hat (BGH, BauR 1995, 727, 729).

Den Vortrag der Klägerin, es sei im wesentlichen um die **Verkaufsunterstützung sowie die Bewertung der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen des Unternehmens** gegangen, hat der Beklagte in anderem Zusammenhang (angebliche Schlechterfüllung) bestätigt. Ein Verstoß gegen das Rechtsberatungsgesetz ist daher nicht gegeben.

Der Vertrag ist mit dem Beklagten persönlich, nicht mit der M.-GmbH **zustandegekommen**. Der Wortlaut der Urkunde ist eindeutig, sie benennt den Beklagten als Vertragspartner. Die Berufungserwiderung weist zu Recht darauf hin, daß die geschuldete Leistung „Begleitung und Beratung beim Unternehmensverkauf“ gerade nicht unternehmensbezogen ist. Im übrigen muß auch beim unternehmensbezogenen Geschäft der Wille, im Namen des Unternehmens zu handeln, hinreichend zum Ausdruck kommen und für den anderen Teil erkennbar sein. Objektive Anhaltspunkte für ein Vertretungsgeschäft enthält die Urkunde nicht, wovon der Beklagte (unausgesprochen) ausging, ist unerheblich.

Der Honoraranspruch besteht in voller Höhe. Für die Vergütung des Auftragnehmers (Ge-

schaftsbesorgers) ist in erster Linie die getroffene Vereinbarung maßgeblich (Palandt/Thomas, BGB 56. Aufl., § 675 Rdnr. 29). Danach versprach der Beklagte für die „Begleitung und Beratung beim Unternehmensverkauf“ ein Honorar, das „erfolgsunabhängig anfallen“ sollte. Daß der Geschäftsführer der Klägerin diese Leistung zumindest anlässlich zweier Gespräche erbracht hat, hat der Beklagte eingeräumt.

Die behauptete Schlechterfüllung der Beratungsleistung hätte den Beklagten gegebenenfalls zur Kündigung oder zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen berechtigt. Eine Kündigung ist nicht behauptet, ein Schadenersatzanspruch nicht hinreichend dargelegt. Der Beklagte schuldet zusätzlich zu den 30.000 DM Umsatzsteuer (TVA) von 4.500 DM. Das ergibt sich aus der vertraglichen Vereinbarung und der Abrechnung. Die vorgerichtlichen Mahnschreiben, für die 10 DM begehrt wurden, sind mittlerweile vorgelegt.

Honorar des Steuerberaters

- Haftung der Kommanditisten
 - Einwendungen
 - Rückzahlung der Einlage
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 4.6.1998 - 13 U 154/97)

Leitsätze (d. Red.):

1. Kommanditisten einer Mandanten-KG können gegen den Honoraranspruch des Steuerberaters, der zu Lasten der KG ausgeurteilt ist, nur noch Einwendungen der Gesellschaft erheben, die nicht entsprechend § 767 Abs. 2 ZPO präkludiert sind. Die Prüffähigkeit der Rechnung und die Verjährung hätte aber von der KG zum Gegenstand des Rechtsstreits gemacht werden können.

2. Zahlungen an Kommanditisten, die nicht aus dem Darlehenskonto aus ausgewiesenen Gewinnen erfolgten, sind Rückzahlungen der Einlage i.S.d. § 172 Abs. 4 Satz 1 HGB und lassen deren Haftung wieder aufleben.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist nicht begründet. Das Landgericht hat im Ergebnis richtig entschieden.

I.

Die Beklagten zu 3) und zu 4) können die vom Kläger geltend gemachte Steuerberatervergütung weder dem Grunde noch der Höhe nach beanstanden. Zwar stehen ihnen bei der Inanspruchnahme als Kommanditisten wegen einer Verbindlichkeit der Gesellschaft sowohl ihre persönlichen als auch die Einwendungen der Kommanditgesellschaft zu, letztere allerdings nur in dem Umfang, in dem sie die Gesellschaft noch erheben könnte (§§ 161 Abs. 2, 129 Abs. 1 HGB).

Persönliche Einwendungen machen die Beklagten zu 3) und zu 4) nicht geltend. Soweit sie die Prüffähigkeit der Rechnung vom 19.4.1996 beanstanden und sich auch auf den Eintritt der Verjährung berufen, müssen sie sich die Wirkungen des gegen die Beklagte zu 1) ergangenen rechtskräftigen Versäumnisurteils vom 14.2.1997 entgegenhalten lassen.

Denn nach der Verurteilung der Gesellschaft können die Kommanditisten nur noch die Einwendungen der Gesellschaft erheben, die nicht entsprechend § 767 Abs. 2 ZPO präkludiert sind (Baumbach/Duden/Hopt, HGB 28. Aufl., § 129 Anm. B; § 128 Anm. 8 C; Röhrich/von Gerkan, HGB, § 129 Rdnr. 5 m.w.N.).

Die Prüffähigkeit der Rechnungen und die Einrede der Verjährung hätten aber von der Gesellschaft zum Gegenstand des gegen sie geführten Rechtsstreits gemacht werden können.

II.

Die Beklagten zu 3) und zu 4) können sich auch nicht auf den Wegfall der Haftung gemäß § 171 Abs. 1 Halbsatz 2 HGB berufen. Nach dieser Vorschrift entfällt die Haftung der Kommanditisten durch Leistung der Einlage in Höhe des Wertes des Geleisteten. **Gemäß § 172 Abs. 4 Satz 1 HGB gilt die Einlage den Gläubigern gegenüber aber als nicht geleistet, soweit sie zurückbezahlt wurde.**

Unter **Rückzahlung** der Einlage im Sinne des Gesetzes ist nach der herrschenden Meinung, von der abzuweichen der Senat keinen Anlaß sieht, **jede Zuwendung an den Kommanditisten zu verstehen, durch die dem Gesellschafts-vermögen Vermögenswerte ohne angemessene und wertmäßig gleiche Gegenleistung entzogen werden** (Heymann, HGB 2. Aufl., § 172 Rdnr. 10 m.w.N.).

Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Rückzahlung „auf die Einlage“ geleistet wird. **Vielmehr ist jede Zahlung an den Kommanditisten, die nicht aus dem Darlehenskonto oder aus ausgewiesenen Gewinnen erfolgt, als Rückzahlung i.S.d. § 172 Abs. 4 Satz 1 HGB zu werten.**

Hier hat es zwischen den Beklagten zu 3) und zu 4) und der Beklagten zu 1) allerdings keine von der gesellschaftsrechtlichen Beteiligung unabhängigen Kreditgeschäfte gegeben. Entsprechende Darlehensverträge sind von den Beklagten zu 3) und zu 4) ohnehin nicht vorgelegt worden. Vielmehr haben sie Beträge entnommen, die nicht durch die erwirtschafteten Gewinne gedeckt und daher wie ein Darlehen der Gesellschaft an die Kommanditisten zu behandeln waren.

Beispielhaft sei dies an den Entnahmen des Beklagten zu 3) dokumentiert:

Stand des Darlehenskontos
per 1.1.1992: - 61.293,10 DM

Differenz zwischen Ergebnisanteil
und Entnahmen: - 33.600,91 DM

Stand des Darlehenskontos
per 1.1.1993: - 94.894,01 DM

Differenz zwischen Ergebnisanteil
und Entnahmen: - 43.404,51 DM

Stand des Darlehenskontos
per 1.1.1994: - 138.298,52 DM

Differenz zwischen Ergebnisanteil
und Entnahmen: - 32.053,39 DM

Stand des Darlehenskontos
per 1.1.1995: - 170.351,91 DM

Es zeigt sich, daß die Entnahmen der Beklagten zu 3) und zu 4) über Jahre hinaus nicht durch entsprechende Gewinne gedeckt waren.

Selbst wenn sie die Einlagen in der behaupteten Höhe geleistet haben, weisen ihre Kapitalkonten dennoch negative Werte aus.

Damit ist ihre Haftung gemäß § 172 Abs. 4 HGB wieder aufgelebt.

Honorar des Steuerberaters

- Schriftliche Vereinbarung
- Mittelgebühr
- Teilnahme an Betriebsprüfung
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 26.3.1998 - 13 U 63/97)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die Dauer einer Betriebsprüfung genügt nicht allein zur Begründung einer die Mittelgebühr von 107,50 DM/Std. übersteigenden Gebühr.
2. Eine Honorarvereinbarung muß schriftlich geschlossen werden (§ 4 Abs. 1 Satz 2 StBGebV).

Aus den Gründen:

Die Berufung der Kläger hat keinen Erfolg.
Die Klage ist unbegründet.

Die Kläger machen gegen die Beklagte Honoraransprüche wegen der Teilnahme an einer in der Zeit vom 22.9.1993 bis 14.6.1994 bei der Beklagten durchgeführten Betriebsprüfung für die Jahre 1988 bis 1990 in Höhe von 21.781 DM geltend.

Die von den Klägern nachträglich korrigierte und neu erstellte Rechnung mit Datum vom 10.1.1997, die der Kläger unterzeichnet hat und die der Beklagten auch zugegangen ist, entspricht nunmehr den formalen Anforderungen des § 9 StBGebV.

Die Klage auf Zahlung des geltend gemachten Steuerberaterhonorars ist jedoch unbegründet, weil die Kläger nicht schlüssig dargelegt und unter Beweis gestellt haben, daß der in Rechnung gestellte Honoraranspruch sich ausschließlich auf ihre steuerberaterliche Tätigkeit für die Beklagte bei der Betriebsprüfung für die Jahre 1988 bis 1990 bezieht.

Die Beklagte hat in ihrer Berufungserwiderung vom 16.10.1997 behauptet, daß die Betriebsprüfung nicht nur sie, die Beklagte, betroffen habe, es seien auch andere Unternehmen geprüft worden. Die Beklagte bestreitet, daß der in Rechnung gestellte Zeitaufwand auf sie allein entfällt und daß die in Rechnung gestellten Stunden tatsächlich angefallen sind. Außerdem macht sie geltend, daß aus der Stundenaufschreibung der Kläger nicht erkennbar sei, welche Leistungen der Kläger auf sie, die Beklagte, und welche auf die anderen geprüften Unternehmen entfielen.

Die Kläger haben nicht bestritten, daß die vorgenannte Betriebsprüfung nicht nur die Beklagte betraf, sondern auch die anderen Tochterfirmen.

Soweit die Kläger in diesem Zusammenhang vortragen, die Argumentation der Beklagten greife nicht durch, weil sich alle Probleme, die sich bei den Tochterfirmen ergeben hätten, aufgrund der Ergebnisabführungsverträge direkt auf die Beklagte auswirkten, also insoweit Probleme der Mutterfirma selbst seien, ist das Vorbringen der Kläger nicht nachvollziehbar. Abgesehen davon, daß erstmals im vorliegenden Verfahren die Rede von Ergebnisabführungsverträgen ist, die allerdings nicht näher erläutert werden, ist nicht ersichtlich, inwieweit die Beklagte aufgrund der Ergebnisabführungsverträge verpflichtet sein soll, die von den anderen Gesellschaften geschuldeten Steuerberaterhonorare zu tragen.

Daß die Kläger mit der Beklagten eine entsprechende vertragliche Vereinbarung getroffen haben, wonach die Beklagte sich generell verpflichtet hat, auch die von den Tochtergesellschaften geschuldeten Steuerberaterhonorare zu zahlen, haben die Kläger nicht behauptet.

Aus den von der Beklagten mit Schriftsatz vom 10.2.1998 vorgelegten Rechnungen vom 25.6.1992 betreffend die Teilnahme der Kläger an einer Außenprüfung geht vielmehr hervor, daß die Kläger ihre Steuerberaterhonorare - zunächst - den einzelnen Gesellschaften in Rechnung gestellt haben.

Aus dem Umstand, daß diese Rechnungen der einzelnen Firmen nachträglich storniert wurden und dabei vereinbart wurde, daß dafür eine pauschale Rechnung an die X. erstellt wird, weil damals der Schwerpunkt der Betriebsprüfung dort lag, läßt sich nicht folgern, daß die Beklagte den Klägern gegenüber eine uneingeschränkte Verpflichtung übernommen hat, die von den einzelnen Tochtergesellschaften geschuldeten Steuerberaterhonorare der Kläger zu zahlen.

Soweit die Kläger behaupten, das der Beklagten in Rechnung gestellte Steuerberaterhonorar beziehe sich ausschließlich auf die Tätigkeit der Kläger für die Beklagte, haben die Kläger ihre Behauptung trotz des Bestreitens der Beklagten nicht unter Beweis gestellt. Es kann daher nicht davon ausgegangen werden, daß die Rechnung der Kläger vom 10.1.1997 nur die Steuerberater-tätigkeit für die Beklagte beinhaltet.

Da nicht ersichtlich ist, welcher Anteil der in Rechnung gestellten Tätigkeit der Kläger andere Gesellschaften betrifft, ist die Klage schon aus diesem Grund nicht schlüssig und somit abzuweisen.

Obwohl es auf die anderen strittigen Punkte nicht mehr ankommt, ist dazu folgendes anzumerken:

Wie der Senat bereits in der mündlichen Verhandlung erläutert hat, können die Kläger die in Rechnung gestellte Zeitgebühr von 150 DM je Stunde nicht aufgrund einer **wirksamen Honorarvereinbarung** verlangen. Entgegen der Auffassung der Kläger ist durch den Schriftwechsel der Parteien vom 1.4.1994 und 6.4.1994 eine Vereinbarung über die Abrechnung nach Zeitgebühr mit einem Stundensatz von 150 DM schon deshalb **nicht zustande gekommen, weil der Geschäftsführer der Beklagten eine Erklärung, daß er mit der von den Klägern im Schreiben vom 1.4.1994 dargelegten Berechnung einverstanden ist, nicht schriftlich abgegeben hat.**

Die schriftliche Erteilung des Auftrages ist jedoch gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2 StBGebV ein zwingendes Erfordernis, so daß es unerheblich ist, daß die Beklagte gegen die im Schreiben der Kläger vom 6.4.1994 mitgeteilte Honorarberechnung keine Einwendungen erhoben hat. Hinzu kommt, daß die Beklagte die von den Klägern gleichzeitig angeforderte Akontozahlung von 10.000 DM nicht bezahlt hat.

Das pauschale Behaupten der Kläger, ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit der Betriebsprüfung bei der Beklagten sei sehr eilbedürftig und besonders schwierig gewesen und habe sich über einen Zeitraum von einem dreiviertel Jahr erstreckt, reicht zur Rechtfertigung einer Zeitgebühr von 150 DM nicht aus.

Die Kläger hätten im einzelnen vortragen müssen, aus welchen Gründen die Betriebsprüfung besonders schwierig war. Daß sich die Betriebsprüfung bei der Beklagten über ein dreiviertel Jahr erstreckt hat, kann für sich allein eine über die mittlere Gebühr hinausgehende Gebühr nicht rechtfertigen, weil der erhebliche Zeitaufwand entsprechend der angefallenen hohen Stundenzahl vergütet wird.

Mangels konkreten Vortrags könnte daher nur von einer **mittleren Gebühr von 107,50 DM/Std.** ausgegangen werden.

Ob die **Stundenaufzeichnung** der Kläger generell den zu stellenden Anforderungen entspricht, kann letztlich dahingestellt bleiben. Da die Beklagte bereits in erster Instanz gerügt hat, daß die Aufzeichnungen und die darin enthaltenen Kürzel zum Teil nicht zu entziffern seien, was zutreffend ist, hätten die Kläger ihre Stundenaufstellung im einzelnen erläutern müssen.

Haftung des Steuerberaters

- Nachbesserung
 - Neuerstellung der Buchführung
 - Kontrolle des Vorberaters
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 8.1.1998 - 13 U 8/97)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die Darlegung der Notwendigkeit der kompletten Neuerstellung der Buchführung darf sich nicht auf Beispiele beschränken.
2. Bei Buchführungsfehlern muß dem Steuerberater grundsätzlich zunächst Gelegenheit gegeben werden, in angemessener Frist die Mängel zu beheben, bevor Nachbesserungskosten verlangt werden können. Die Aufforderung zur Nachbesserung, die Fristsetzung und Ablehnungsandrohung müssen substantiiert werden.
3. Der neue Steuerberater hat nicht die zurückliegenden Arbeiten des Vorberaters auf Fehler zu überprüfen, es sei denn, er hat insoweit einen Auftrag erhalten.
4. Drängen sich Fehler des Vorberaters auf, die im laufenden Mandat korrigiert werden können, trifft den Steuerberater eine Aufklärungspflicht.

Aus den Gründen:

I. - II. (...)

Die Kläger waren seit Anfang des Jahres 1991 mit der umfassenden steuerrechtlichen Beratung der S.-GmbH, deren Geschäftsführer der Beklagte zu 1) ist, betraut. Außerdem waren sie mit der Erstellung der privaten Einkommensteuer des Beklagten zu 1) für die Jahre 1990 bis 1992 beauftragt.

1. Den Beklagten steht kein Anspruch auf Erstattung der im Zusammenhang mit der Buchführung für das Jahr 1993 an den Steuerberater Z. gezahlten Beträge zu.

Bereits die den behaupteten Schaden – gesamte Neuerstellung der Buchführung für das Jahr 1993 und im Zusammenhang damit entstandene Steuerberaterkosten – verursachenden, pflichtwidrigen Handlungen der Kläger können nicht konkret festgestellt werden. Die Beklagten haben als angebliche, von den Klägern begangene Fehler bei der Buchführung nur die unrichtigen Verbuchungen der Anzahlungen Konto Z. sowie unrichtige Buchungen betreffend die Konten K., S., R.-S. und Dr. S. genannt. Nicht nachvollziehbar ist, daß diese konkret benannten Fehler eine Einzelberichtigung nicht zugelassen hätten.

Das diesbezügliche Vorbringen der Beklagten, die Zeugin H. habe „derart zahlreiche und gravierende Unstimmigkeiten festgestellt, daß eine Einzelkorrektur nicht mehr möglich gewesen sei“, reicht nicht aus. Eine diesbezügliche Beweisaufnahme liefe auf eine **unzulässige Ausforschung** hinaus. **Erforderlicher substantiierter Vortrag, der die Notwendigkeit der Neuerstellung der gesamten Buchführung für 1993 rechtfertigen soll**, kann entgegen der Ansicht der Beklagten nicht nur durch Beispielfälle ersetzt werden. Es hätte vielmehr eines ins einzelne gehenden Vortrages bedurft.

Ungeachtet dieser Überlegungen scheitert der geltend gemachte Anspruch auch daran, **daß den Klägern eine Nachbesserungsmöglichkeit nicht gewährt worden ist. Nach der ständigen Rechtsprechung des Senats** (GI 1997, 45, 47; 1993, 47; vgl. auch OLG Frankfurt, GI 1995, 17; OLG Köln, StB 1992, 70; OLG Hamm, StB 1987, 211) **ist bei einem Dienstverhältnis dem zur Dienstleistung Verpflichteten jedenfalls dann ein Nachbesserungsrecht einzuräumen, wenn die geschuldete Einzelleistung für sich betrachtet werkvertraglichen Charakter hat.** Diese Voraussetzungen liegen hier vor.

Die Kläger schuldeten hinsichtlich der Buchführung für das Jahr 1993 ein bestimmtes Arbeitsergebnis. Nach den werkvertraglichen Gewährleistungsvorschriften, insbesondere den §§ 633 Abs. 2, 634 BGB, mußte die GmbH, vertreten durch den Beklagten zu 1), den Klägern grundsätzlich Gelegenheit geben, die Mängel binnen einer angemessenen Frist zu beheben, ehe sie Ersatz für die Aufwendungen der Mängelbeseitigung verlangen konnte.

Das diesbezügliche Vorbringen der Beklagten in erster Instanz, das sie im Berufungsverfahren aufrechterhalten, reicht zur Feststellung der Voraussetzungen vergeblicher Nachbesserungsaufforderung nicht aus, weil es hinsichtlich der **Aufforderung zur Nachbesserung, Fristsetzung und Ablehnungsandrohung** nicht konkretisiert ist. Auch die Darstellung über ein am 6.7.1994 in den Büroräumen des Zeugen Z. geführtes Gespräch mit dem Kläger H. kann diesbezüglichen Vortrag nicht ersetzen.

Denn der Vortrag der Beklagten, der Kläger H. habe die neue Erstellung der Buchungen und Bilanzen „endgültig verweigert“ – und damit Fristsetzung mit Ablehnungsandrohung überflüssig gemacht –, steht im Widerspruch mit dem weiteren Vorbringen der Beklagten zu dem „erfolglos“ verbliebenen „letztmaligen Versuch“ anlässlich eines Gesprächs am 15.8.1994. Aus der Rechnung des Steuerberaters Z. vom 1.8.1994 ergibt sich zudem die Beauftragung dieses Steuerberaters, bevor der „letztmalige Versuch“ – welchen Inhalts, bleibt offen – unternommen wurde.

Da nach alledem nicht davon ausgegangen werden kann, daß den Klägern das Recht zur Nachbesserung eingeräumt worden ist, ist es im Rahmen etwaiger Schadenfeststellung nicht mehr entscheidungserheblich, daß der – seitens des Steuerberaters Z. nicht erwähnte – Gebührensatz die Mittelgebühr übersteigt und die übrigen als Schaden geltend gemachten Rechnungsbeträge mangels Einforderbarkeit nicht hätten beglichen werden müssen; es fehlt jeweils die nach § 9 Abs. 2 StBGebV erforderliche Angabe der Gebührenvorschrift des § 13 StBGebV für die Zeitgebühr.

2. Dem Beklagten zu 1) steht der Widerklagebetrag von 3.729,48 DM nicht zu.

Selbst wenn die Kläger auch gegenüber dem Beklagten zu 1) eine umfassende Beratung übernommen haben – was der Beklagte zu 1) nicht unter Beweis gestellt hat – und nicht nur allein mit der Erstellung der privaten Einkommensteuererklärungen für die Jahre 1990 bis 1992 mandatiert waren – was die Kläger behaupten –, kommt eine Haftung der Kläger nicht in Betracht. Den Klägern kann nämlich eine schuldhaft Pflichtverletzung nicht vorgeworfen werden.

Der Steuerberater ist entsprechend dem Inhalt und dem Umfang des erteilten Mandats verpflichtet, sich mit den steuerlichen Punkten zu

befassen, die zur pflichtgemäßen Erledigung des ihm erteilten Auftrags zu beachten sind. **Der Auftrag, der den Klägern erteilt wurde, bezog sich auf die Jahre 1990 bis 1992 und nicht etwa auf ein Überprüfen der Steuerberater-tätigkeit des Vorgängers betreffend eine bereits vergangene Zeit.**

Selbst bei umfassender Beratertätigkeit bezieht sich die Pflicht des Steuerberaters auf die Zeit, für die er tätig sein soll, und auf die Zukunft, insbesondere die zukünftigen Auswirkungen einer durch ihn vorgenommenen Beurteilung und Bearbeitung eines Problems. **Zu seinen Aufgaben gehört es indes nicht, die Arbeiten seines Vorgängers auf Fehler zu überprüfen, um gegebenenfalls einen Regreß vorzubereiten.**

Um die Kläger zu veranlassen, bereits steuerrechtlich behandelte vergangene Zeiten steuerrechtlich neu zu beurteilen, hätte es eines konkreten, von der allgemeinen Beratungspflicht nicht umfaßten Einzelauftrags bedurft, **weil die Beratungspflicht naturgemäß die Zeit der Tätigkeit des beratenden Steuerberaters seit der Auftragserteilung und damit die Zukunft betrifft.** Seine erstinstanzlich gemachte, von den Klägern bestrittene Behauptung, die Kläger hätten die Korrektur der Arbeiten des vorherigen Steuerberaters B. übernommen, hat der Beklagte nicht unter Beweis gestellt.

Anders könnte der Sachverhalt zu beurteilen sein, wenn sich den Klägern Fehler des Vorgängers aufgedrängt und im Rahmen ihrer eigenen mandatierten Steuerberater-tätigkeit hätten korrigiert werden können. Denn im Rahmen seiner vertraglichen Nebenpflicht, den Mandanten vor Schaden zu bewahren, hat ein Steuerberater **den Mandanten auf für ihn offenzutage liegende Fehlentscheidungen hinzuweisen** (vgl. BGH, NJW 1995, 958 m.w.N.). Den Mandanten „vor Schaden bewahren“ kann ein Steuerberater **aber nur betreffend noch nicht abgeschlossener, durch ihn im Rahmen seiner steuerberaterlichen Tätigkeit noch korrigierbarer Vorgänge.** Die Kläger konnten aber in den von ihnen zu erstellenden Einkommensteuer-erklärungen etwaige Fehler des Vorgängers B. betreffend die Jahresabschlüsse 1987 und 1989 nicht mehr korrigieren.

Hinzu kommt, daß der Beklagte zu 1) keine konkreten Umstände genannt hat, aufgrund derer sich die behaupteten, durch den Vorgänger B. bei der G. gemachten Fehler den Klägern hätten aufdrängen müssen.

Insbesondere sind der angebliche Fehler des Steuerberaters B., den die Kläger bei Übernahme des Mandats „hätten erkennen müssen“, und die Auswirkungen dieses Fehlers nicht im einzelnen nachvollziehbar dargelegt. Die mit Schriftsatz vom 12.11.1996 überreichte Übersicht des Steuerberaters Z. kann diesbezüglich erforderlichen substantiierten Vortrag nicht ersetzen, zumal nicht erkennbar ist, welche Berechnung im einzelnen den als „Schaden“ geltend gemachten Beträgen zugrundeliegt.

Steuerberaterhaftung

- Schaden, Vollverzinsung
- Mitverschulden, Mahnung zu fristgerechtem Arbeiten

(AG Kassel, Urt. v. 24.8.1998 - 415 C 5461/97, rkr.)

Leitsätze:

1. Bei drohender Vollverzinsung einer Steuerforderung hat der Steuerberater dieses Problem mit seinem Mandanten unter Berücksichtigung der konkreten finanziellen Verhältnisse und von Vermeidungsstrategien zu besprechen (hier: Anpassung der Vorauszahlung).
2. Der Steuerberater kann nicht unterstellen, der Mandant habe Geldbeträge zu mehr als 6 % angelegt oder nehme Kredite zu einem höheren Zinssatz in Anspruch.
3. Den Mandanten trifft die Pflicht zur rechtzeitigen Abgabe der Steuererklärung. Er muß deshalb das fristgerechte Tätigwerden des Beraters in einem gewissen Rahmen überwachen und anmahnen. Nach Erhalt der Steuererklärung muß er unverzüglich handeln. Läßt er sie sechs Monate liegen, um danach Änderungen zu verlangen, trifft ihn ein hälftiges Mitverschulden.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin verlangt von dem Beklagten die Bezahlung noch offener Steuerberaterrechnungen.

Sie war als langjährige Steuerberaterin des Beklagten mit der Erstellung des Jahresabschlusses einschließlich der Gewinn- und Verlustrechnung sowie den dazu gehörenden Steuererklärungen für das Jahr 1994 beauftragt. Außerdem sollte

die Klägerin die Einkommensteuererklärung anfertigen und den Überschuß der Einnahmen aus Kapitalvermögen ermitteln. Schließlich erbrachte die Klägerin für den Beklagten auch noch steuerliche Beratungen, indem sie seine tabellarisch erstellten Aufzeichnungen für das Geschäftsjahr 1994 überprüfte. Sämtliche Leistungen erbrachte die Klägerin ordnungsgemäß. Sie erstellte dafür zwei Gebührenrechnungen vom 29.8.1996, die zusammen eine noch ausstehende Gebührenforderung von 6.734,87 DM ergeben. Auch nach einer dritten Mahnung unter dem 31.10.1996 erfolgte kein Ausgleich der Rechnungen.

Die Klägerin hatte auch die laufende Buchführung für den Beklagten bearbeitet. Wegen der Veräußerung einer seiner Firmen war beiden Parteien bekannt, daß dem Beklagten eine nicht unerhebliche Steuernachzahlung drohte. Er hatte deshalb zwei Festgeldkonten, eines über einen Betrag von 600.000 DM, ein anderes über den Betrag von 945.000 DM eingerichtet.

Jahresabschluß nebst Steuererklärungen legte die Klägerin dem Beklagten erstmalig mit Schreiben vom 22.11.1995 im Entwurf vor. Eine Besprechung mit dem Mitarbeiter der Klägerin, dem Zeugen N., fand am 17.1.1996 statt. Bei diesem Termin weigerte sich der Beklagte, die ihm vorgelegte Vollständigkeitserklärung zu unterzeichnen. Anschließend meldete sich der Beklagte per Fax am 15.7.1996 bei der Klägerin und machte Unklarheiten mehrerer Positionen im Jahresabschluß geltend. Am nächsten Tag übersandte die Klägerin – ebenfalls per Fax – die Debitoren- und Kreditorenaufstellung zum 31.12.1994.

Am 18.7.1996 fand dann eine erneute Besprechung der Parteien nach zuvor von der Klägerin vorgenommenen Änderungen statt. Vorsorglich beantragte die Klägerin bei dem Finanzamt Fristverlängerung. Als der Beklagte am 28.8.1996 mitteilte, daß keine Vollständigkeitserklärung abgegeben werde, versah die Klägerin den Jahresabschluß mit einem stark eingeschränkten Testat und sandte diesen am 30.8.1996 dem Beklagten zur Einreichung beim Finanzamt. Vorsorglich kündigte der Beklagte die Festgelder und zahlte am 10.4.1997 1.350.000 DM beim Finanzamt ein.

Erst am 18.5.1997 wurde der Einkommensteuerbescheid dem Beklagten zugestellt. Wegen der am 1.4.1996 eingetretenen Vollverzinsung forderte das Finanzamt für die Zeit vom 1.4.1996

bis zum 18.5.1997, mithin für 13 Monate, aus einem nachzuzahlenden Betrag von 1.211.800 DM 0,5% Zinsen pro Monat, insgesamt 78.767 DM. Unstreitig hatte die Klägerin den Beklagten nicht auf die Möglichkeit der Anpassung der Vorauszahlungen zur Vermeidung des Eintritts der Vollverzinsung hingewiesen.

Die Klägerin ist der Ansicht, sie habe dem Beklagten gegenüber keine Pflichtverletzung begangen. Hierzu behauptet sie, sie habe den Beklagten bei der Besprechung im Januar 1996 mündlich auf die Vollverzinsung hingewiesen. Die Änderungen des Jahresabschlusses hätten nicht in ihrem Verantwortungsbereich gelegen, sondern ausschließlich durch Zeitablauf bedingte Änderungen im Debitoren- und Kreditorenbereich betroffen. Die zeitliche Verzögerung ginge deshalb nur zu Lasten des Beklagten, der kein uneingeschränktes Testat erteilt und dies auch nicht rechtzeitig mitgeteilt habe.

(Anträge ...)

Der Beklagte rechnet gegenüber der Klageforderung mit Schadenersatzansprüchen aus positiver Vertragsverletzung auf. Hierzu trägt er vor, die Klägerin habe die Steuererklärungen nicht rechtzeitig erstellt und außerdem **Hinweise auf den Eintritt der Vollverzinsung und die Möglichkeit der Anpassung der Vorauszahlungen zur Vermeidung derselben schuldhaft unterlassen.**

Er habe bereits Mitte 1995 mehrfach die Erstellung des Jahresabschlusses bei der Klägerin angemahnt. Die Klägerin habe stets versichert, es seien keine Probleme mit dem Finanzamt zu befürchten. Er habe die Abgabe einer Vollständigkeitserklärung wegen Unklarheiten und Fehlern im Jahresabschluß und der Buchhaltung verweigert. Er sei jedoch jederzeit zu einer eingeschränkten Vollständigkeitserklärung bereit und mit einem eingeschränkten Testat seitens der Klägerin einverstanden gewesen. Wegen seiner Betriebsaufgabe hätte er keine Probleme mit Banken befürchten müssen.

Für seine auf den **Festgeldkonten** geparkten Gelder habe er von Februar 1996 bis April 1997 **zwischen 2,8% und 3,5% Zinsen** erzielt. Bei **durchschnittlich 3,3% Zinsen** hätte er im Zeitraum der Vollverzinsung mithin **maximal 45.210,24 DM an Gewinn erwirtschaftet**, so daß ein **finanzieller Schaden** von 33.556,76 DM verbleibe. Der Beklagte hat Zinsbescheinigungen in Kopie zur Akte gereicht.

Aus den Gründen:

Die Klage ist unbegründet.

Die Klägerin hat keinen Gebührenanspruch in Höhe von 6.734,87 DM aus einem Steuerberatervertrag (§§ 611, 612, 675 BGB). Der ursprünglich bestehende Gebührenanspruch ist nämlich durch die wirksame Aufrechnung mit Schadenersatzansprüchen aus positiver Vertragsverletzung erloschen (§ 389 BGB).

Der Beklagte hat eine Schadenersatzforderung gegen die Klägerin aus positiver Vertragsverletzung des Steuerberatervertrages in einer die Klageforderung übersteigenden Größenordnung.

Inhalt und Umfang der Pflichten des Steuerberaters richten sich nach dem ihm erteilten Auftrag. In den hierdurch gezogenen Grenzen hat der Steuerberater seinen Auftraggeber dann aber auch ungefragt über die bei der Erledigung des Auftrags auftauchenden steuerrechtlichen Fragen zu belehren. Er muß grundsätzlich davon ausgehen, daß sein Auftraggeber in steuerlichen Dingen unkundig und vielfach deshalb auch gar nicht in der Lage ist, von sich aus die entsprechenden Fragen zu stellen. An die vom Steuerberater zu beachtende Sorgfalt ist ein strenger Maßstab zu legen (BGH, VersR 1980, 264, 265).

Die Klägerin wußte, daß wegen der Firmenveräußerung eine umfangreiche Steuernachzahlung bevorstand. Da die **Vollverzinsung** bereits am 1.4.1996 einsetzte, wenn zu diesem Zeitpunkt noch kein Steuerbescheid ergangen war, Jahresabschluß und Steuererklärungen jedoch im Entwurf erst Ende November 1995 vorlagen, sich dann eine Besprechung Mitte Januar 1996 anschloß, mußte sich der Klägerin geradezu aufdrängen, daß selbst bei dann sofort eingereichten Unterlagen der Steuerbescheid nicht rechtzeitig ergehen konnte. Bereits bei Privatleuten benötigt das Finanzamt regelmäßig mindestens zwei Monate, wenn die Einkommensteuererklärung gleich zum Jahresbeginn abgegeben wird. Sind umfangreiche Prüfungen erforderlich, wie das bei dem Beklagten abzusehen war, so muß der Zeitraum deutlich vergrößert werden. Das wird auch von dem tatsächlichen Zeitablauf bestätigt, da das Finanzamt bis zur Erstellung des Bescheides fast 9 Monate benötigte.

Bei der steuerlichen Beratung hat der Steuerberater sich entweder anhand der ihm zugänglichen Unterlagen über die finanziellen Verhält-

nisse des Mandanten oder aber durch persönliche Rücksprache mit ihm zu informieren. **Er kann nicht einfach, weil dies in der Regel der Fall ist, davon ausgehen, daß der Mandant vorhandene Geldbeträge zu mehr als 6 % Zinsen angelegt hat, oder aber Kredite in Anspruch nimmt, die einen höheren Zinssatz aufweisen.** Ist die Gefahr des Eintritts einer Vollverzinsung absehbar, so hat der Steuerberater dieses Problem mit seinem Mandanten zu erörtern, und zwar unter Berücksichtigung der konkreten finanziellen Verhältnisse und unter Benennung der Möglichkeiten zur Vermeidung des Eintritts der Vollverzinsung.

Dies ist nicht geschehen. Der Steuerberater N., dessen Verhalten sich die Klägerin über § 278 BGB zurechnen lassen muß, sprach zwar – auch seiner eigenen Zeugenaussage zufolge – am 17.1.1996 die Vollverzinsung an, nicht aber die Möglichkeit zur Abwendung. **In seiner Zeugenvernehmung bekundete der Steuerberater N., er habe angenommen, der Beklagte habe seine Geldbeträge zu einem oberhalb von 6 % anzuesammelnden Zinssatz angelegt,** so daß für ihn die Vollverzinsung günstiger sei als eine Anpassung der Vorauszahlungen und damit ein vorzeitiger Verlust des Zinsgewinnes. Erst später habe er erfahren, daß dem nicht so gewesen sei.

Damit hat er aber seine Beratungspflichten aus dem Steuerberatungsverhältnis verletzt.

Darüber hinaus war die Klägerin aus dem Mandatsverhältnis heraus zur sorgfältigen und fachkundigen Beratung sowie Betreuung des Mandanten verpflichtet, insbesondere auch dazu, daß sie ihrerseits alle Schritte rechtzeitig vorbereitet, die für ein fristgebundenes Handeln ihres Mandanten erforderlich sind. **In diesem Zusammenhang hat der Steuerberater auch über notwendige weitere Mitwirkungshandlungen des Mandanten und deren Konsequenzen erforderlichenfalls rechtzeitig zu belehren** (BGH, NJW 1992, 307, 309).

Auch dieser Pflicht ist die Klägerin nicht nachgekommen. Mit Blick auf die drohende Vollverzinsung **konnte sich die Klägerin nicht ohne weiteres darauf verlassen, daß der Beklagte die Vollständigkeitserklärung unmittelbar nach der Besprechung im Januar 1996 unterzeichnen und an die Klägerin leiten würde.** Selbst wenn sich der Mandant trotz der Bitte um Abgabe einer Vollständigkeitserklärung nicht zeitnah wieder meldet, hat der Steuerberater mit diesem abzuklären, woran das Untätigsein liegt und

mit ihm gegebenenfalls weitere bestehende Möglichkeiten zu erörtern, z.B. die Abgabe einer eingeschränkten Vollständigkeitserklärung mit einem daraus resultierenden eingeschränkten Testat.

Auch dieses wurde von dem Steuerberater N. verabsäumt. Er räumte bei seiner Vernehmung ein, er sei davon ausgegangen, daß der Beklagte den Jahresabschluß noch prüfe und sich dann schon wieder melden werde. Aus diesem Grund habe er keine Veranlassung zum Tätigwerden gesehen, auch nicht für eine Belehrung über eine eingeschränkte Vollständigkeitserklärung. Spätestens Ende Februar 1996 hätte er den Beklagten aber an die Abgabe der Vollständigkeitserklärung erinnern müssen. Dann hätte sich möglicherweise schon aufgeklärt, daß das Problem in der Abgabe der Vollständigkeitserklärung lag, bei einer eingeschränkten Vollständigkeitserklärung jedoch die Unterlagen bereits hätten eingereicht werden können.

Die Klägerin hat zudem nicht behauptet, daß ihr Unterlagen zur Erstellung des Jahresabschlusses und der Steuererklärungen nicht rechtzeitig vorgelegen hätten und sie deshalb für deren Erstellung 11 Monate benötigte. **Im Hinblick auf eine zu befürchtende lange Bearbeitungszeit wäre als Alternative zu einer Anpassung der Vorauszahlungen auch eine zeitigere Erstellung von Jahresabschluß und Steuererklärungen in Betracht gekommen.** Dies auch vor dem Hintergrund, daß bei derartig umfangreichen Aufträgen anschließend noch mit Änderungen und Überprüfungen des Auftraggebers zu rechnen ist.

Diese Pflichtverletzungen des Steuerberaters N. waren fahrlässig, d.h. unter Außerachtlassung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt erfolgt. **Ein durchschnittlich sachkundiger Steuerberater hätte zumindest die Vollverzinsungsproblematik ausführlicher mit dem Mandanten besprochen und dann rechtzeitig die entsprechenden Schritte, nämlich Anpassung der Vorauszahlung an das Finanzamt, in die Wege geleitet.** Über § 278 BGB muß sich die Klägerin das Verschulden des Steuerberaters N. als eigenes zurechnen lassen.

Dem Beklagten ist auch durch die Pflichtverletzung ein Schaden in Gestalt des **Zinsschadens** entstanden. Unstreitig mußte er für insgesamt 13 Monate 6,5 % Zinsen auf den nachgeforderten Betrag von 1.211.800 DM bezahlen, nämlich 78.767 DM. An **Zinsgewinnen** hatte und hätte

er durchschnittlich 3,3 % erzielt, wenn er die Festgelder nicht vorzeitig gekündigt hätte, mithin für 13 Monate einen Betrag von 39.989,40 DM. Insgesamt ist ihm deshalb ein Zinsschaden von 38.777,60 DM erwachsen.

Die Pflichtverletzung ist auch **kausal** für den entstandenen Schaden geworden. Dem Beklagten standen die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung, um die Vorauszahlungen entsprechend anpassen zu können. **Unbestritten zahlte er nämlich am 10.4.1997 vorsorglich die als Festgelder angelegten 1.350.000 DM an das Finanzamt, wodurch er jedoch den Eintritt der Vollverzinsung nicht mehr verhindern konnte.**

Dieses Verhalten spricht dafür, daß sich der Beklagte bei einer entsprechenden Beratung seitens der Klägerin auch beratungsgemäß verhalten und mit dem Antrag auf Anpassung der Vorauszahlungen einverstanden gewesen wäre. Außerdem hat er unwidersprochen vorgetragen, er wäre mit der Unterzeichnung einer eingeschränkten Vollständigkeitserklärung und einem nur eingeschränkten Testat der Klägerin bereits zu einem früheren Zeitpunkt einverstanden gewesen, wenn ihm diese Möglichkeit von der Klägerin erläutert worden wäre.

Bei rechtzeitiger Anpassung der Vorauszahlungen wäre die Vollverzinsung überhaupt vermieden worden. Bei einem frühzeitigen Hinweis auf die Möglichkeit einer eingeschränkten Vollständigkeitserklärung sowie eines eingeschränkten Testates wäre die Vollverzinsung zumindest nur für einen kürzeren Zeitraum eingetreten. Erst in Kombination mit einer noch frühzeitigeren Erstellung des Jahresabschlusses und der Steuererklärungen wäre sie vollständig vermieden worden.

Allerdings hat sich der Beklagte ein anspruchsminderndes Mitverschulden zurechnen zu lassen (§ 254 Abs. 1 BGB).

Die Pflicht zur rechtzeitigen Abgabe der Steuererklärung beim Finanzamt trifft den Beklagten steuerrechtlich unabhängig von einer Beratung selbst. **Er muß deshalb das Tätigwerden des steuerlichen Beraters wenigstens in einem gewissen Rahmen überwachen** (BGH, NJW 1992, 307, 309).

Der Beklagte hätte deshalb verstärkt auf die rechtzeitige Fertigstellung und Abgabe des Jahresabschlusses und der Steuererklärungen drängen müssen.

Zwar hat die Zeugin F. glaubhaft ausgesagt, der Beklagte habe sich häufiger an die Klägerin gewandt und nach möglichen Konsequenzen einer verspäteten Abgabe gefragt. Dies allein reicht jedoch nicht aus. Vielmehr hätte der Beklagte die rechtzeitige Erstellung anmahnen **und bei Erhalt der Entwürfe seinerseits unverzüglich handeln müssen**. Er meldete sich jedoch nach der Besprechung Mitte Januar 1996 bei der Klägerin erst wieder im Juli 1996 und forderte Änderungen.

Wägt man die **Verursachungsbeiträge** gegeneinander ab, so ergibt sich, daß diese **in etwa das gleiche Gewicht haben**. Beide wurden fahrlässig begangen. Bei korrektem Verhalten nur einer Partei wäre der Schadenumfang vermieden worden.

Es kommt nicht mehr darauf an, ob die Klägerin Fehlbuchungen in dem Jahresabschluß vorgenommen hat oder nicht. Auch unter Berücksichtigung eines **hälftigen Mitverschuldens** hat der Beklagte gegen die Klägerin einen Schadenersatzanspruch von 19.388,80 DM, der in Höhe der Klageforderung durch Aufrechnung erloschen ist.

GI Leitsätze

Anwalts honorar/Erstattungsfähigkeit/Grundstücksgeschäfte/Straßenneubau

1. Überträgt der Eigentümer der Straßenverwaltung den für einen Straßenneubau benötigten Grundbesitz zur Vermeidung einer Enteignung freiwillig und hat er vereinbarungsgemäß Anspruch auf Erstattung der für die Verhandlungen notwendigen Rechtsanwaltskosten, so erschöpft sich der für die Rechtsanwaltsgebühren maßgebliche Gegenstandswert auch dann in dem Wert des Grundbesitzes, dessen Enteignung in Frage kam, wenn die Enteignungsentschädigung in Ersatzland hätte erfolgen müssen.

2. Überträgt der Eigentümer der Verwaltung gegen einen bestimmten Preis Grundbesitz zur Vermeidung der Enteignung und hat die Enteignungsbehörde vereinbarungsgemäß über die Erstattung der durch die Verhandlungen entstandenen (Rechtsanwalts-)Kosten zu entscheiden, so löst das darauf beschränkte Entschädigungsfeststellungsverfahren nicht nochmals – zu erstattende – Rechtsanwaltsgebühren aus. (BGH, Urt. v. 11.3.1999 – III ZR 156/98)

Telefonische Rechtsberatung/Pauschalgebühr/Schriftformgebot/Wettbewerbswidrigkeit

1. Die Einziehung einer Zeitvergütung für telefonische Rechtsberatung ist mit den Vorschriften über die Vereinbarung und Erhebung von Zeitgebühren (§ 3 BRAGO) nicht vereinbar. Es liegt insoweit auch keine freiwillige Überzahlung durch den Mandanten vor, wenn der Systembetreiber gerade mit der Preisgünstigkeit seines Angebots wirbt.

2. Mit dem Verstoß gegen § 3 BRAGO verschaffen sich Anwälte, die sich einem solchen Service telefonischer Rechtsberatung anschließen, gegenüber Anwälten, die die gesetzlichen Beschränkungen bei der Vereinbarung von Zeitvergütungen beachten, einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil i.S.d. § 1 UWG. (OLG Frankfurt, Urt. v. 5.11.1998 – 6 U 130/98, Anm. Henssler, EWIR 1999, 161)

Unzulässige Qualitätswerbung durch Rechtsanwälte

1. Werben Rechtsanwälte in einer sich an das Publikum wendenden Zeitschrift mit der Aussage: „Ihre Rechtsfragen sind unsere Aufgabe“, liegt hierin eine wettbewerbsrechtlich unzulässige sogenannte Qualitäts- und nicht nur (erlaubte) sachliche Informationswerbung.

2. Mitglieder einer Rechtsanwalts-Sozietät, die von der beabsichtigten Schaltung einer wettbewerbsrechtlich unzulässigen Werbung für die Sozietät Kenntnis haben, müssen versuchen, eine Veröffentlichung zu verhindern.

3. Zur Frage des Wegfalls der Wiederholungsgefahr bei unzulässiger Rechtsanwalts-Werbung und späterem Ausscheiden von Mitgliedern derwerbenden Sozietät. (OLG Köln, Urt. v. 29.7.1998 – 6 U 66/98, BRAK-Mitt 1999, 43)

Beschlagnahmebeschluß/Bestimmtheit/Bilanzen

Einen Antrag auf Beschlagnahme „sämtlicher Unterlagen“ kann das Amtsgericht auch dann zu Recht ablehnen, wenn der Antrag die Unterlagen beispielhaft mit „insbesondere Bilanzen, Lohnlisten“ etc. bezeichnet; bezüglich der Bilanzen, Lohnlisten etc. ist die Beschlagnahme aber anzuordnen. (LG Chemnitz, Beschl. v. 15.1.1999 – 5 Qs 2/99, wistra 1999, 154)

**StB-Honorar/Erhöhungsgebühr bei Ehegatten-
veranlagung/Gebührenrahmen/Gegenstandswert
zu gering**

1. Ein zu niedriger Ansatz des Gegenstandswertes (hier bei einem Fristverlängerungsantrag) kann nicht dazu führen, daß der angemessene Gebührensatz von 3/10 erhöht wird.

2. Allein die Tatsache, daß Eheleute gemeinsam veranlagt werden, führt nicht dazu, daß der Ehegatte, der gegenüber dem Steuerberater nicht tätig geworden ist, auch Auftraggeber ist. Gemäß § 6 StBGebV ist erforderlich, daß beide zusammen veranlagten Eheleute den Steuerberater auch gemeinsam beauftragen.

(AG Neuss, Urt. v. 21.8.1998 - 39 C 282/96,
StB 1999, 61 m. Anm. Späth)

GI Hinweise

1. Der Verlag Dr. Otto Schmidt KG legt ein Handbuch zur Gehaltsumwandlung vor, das umfassend Auskunft über die Umwandlung von Barbezügen in betriebliche Altersversorgung gibt.

Die zivilrechtlichen Grundlagen und die Einordnung der Gehaltsumwandlung führen in die Thematik. Anschließend werden die verschiedenen Durchführungswege im einzelnen erläutert.

Dabei orientieren sich die Autoren an der Direktversicherung, der direkten Zusage, einer Unterstützungskassenversorgung und der Versorgung über Pensionskassen und deren Einordnung in die arbeitsrechtlichen Gegebenheiten sowie die steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Folgen. Abgerundet wird die Darstellung durch die Besprechung der Insolvenz und der Zwangsvollstreckung.

Musterverträge zur Gehaltsumwandlungs-Direktversicherung, zur versicherungsgebundenen Direktzusage und zur Unterstützungskassen-Zusage runden das Werk ab.

Hanau/Arteaga: Gehaltsumwandlung zur betrieblichen Altersversorgung - Direktversicherung, Direktzusage, Unterstützungskasse, Pensionskasse; Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1999, 737 Seiten, Lexikonformat, geb., 198,- DM, ISBN 3-504-42003-0

2. In Neuauflage erscheint von Küntzel, Speidel und Wachauf „Dem Finanzamt einen Schritt voraus“.

Die Bearbeitung enthält unter Berücksichtigung des aktuellen Zustands unserer Steuergesetze eine Vielzahl von Steuergestaltungsvorschlägen und Hinweise auf seriöse Kapitalanlagen mit steuerfreien Erträgen.

Steuergestaltungsmodelle für Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Unternehmensgründer, Freiberufler und Gewerbetreibende, Vermietung und Verpachtung, Einkünfte aus Kapitalvermögen, die Eigenheimzulage etc. werden unter Heranziehung der aktuellen Steuergesetze und der Rechtsprechung erörtert. Zum ersten Mal wird eine Checkliste „Vorbereitung von Mandanten-Besprechungen“ eingesetzt.

Küntzel, Speidel, Wachauf: Dem Finanzamt einen Schritt voraus; H+G Verlags- und Vertriebs-GmbH, März 1999, 410 Seiten, DIN A 4, 129,- DM, ISBN 3-931894-08-8

3. Aus aktuellem Anlaß legen Graf von Westphalen, Langheid und Streitz eine umfassende Darstellung zum „Jahr-2000-Crash“ vor.

Technisch bekommt man wahrscheinlich jetzt erst erkannte Software-Fehler nicht mehr in den Griff. Rechtliche Vorsorge ist aber möglich.

Einführend werden die EDV-technischen Probleme dargestellt, die beim Jahrtausend-Wechsel entstehen können. Die Autoren legen dann ausführlich die möglichen zivilrechtlichen Ansprüche dar - Verschulden bei Vertragsschluß, Nichterfüllung, positive Vertragsverletzung mit Mangelfolgeschäden, Produkt- und Produzentenhaftung, Haftungsausschlüsse, Allgemeine Geschäftsbedingungen. Eingehend werden die versicherungsrechtlichen Aspekte eines Haftungsfalls erörtert und an den diversen Versicherungsarten „abgearbeitet“.

Das Buch wird für alle, die sich mit dem Jahrhundert-Problem in der EDV befassen, gute Hilfe leisten und sich zu einem Standardwerk für die juristische Aufarbeitung von Software-Fehlern entwickeln. Es ist für Juristen, Wirtschaftsprüfer, Unternehmensleiter und Unternehmensberater sowie für Versicherungsfachleute von großer Bedeutung.

RA Dr. Friedrich Graf von Westphalen, RA Dr. Theo Langheid, EDV-Sachverständiger Dr. Siegfried Streitz, unter Mitarbeit von RA Dr. Matthias Terlau: Der Jahr-2000-Fehler; Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1999, 658 Seiten, Lexikonformat, geb., 148,- DM, ISBN 3-504-56010-X

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-8

Abfindungsvergleich

- Vorbehalt 99, 133, 192

Akteneinsicht

- > durch Haftpflichtversicherer 99, 161
- Ermittlungsakten, StA 99, 161

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

- Honorarvereinbarung, Liquidator
= Auslegung 99, 85

Amtspflichtverletzung

- Rechtsberatung durch StB/WP 99, 161

Anerkenntnis

- Verjährungsunterbrechung
= Zukunftsschaden 99, 192

Anwaltsvertrag

- RA und Aufsichtsrat 99, 33
- Zustandekommen des > 99, 33

Aufsichtsrat

- Anwaltstätigkeit des > 99, 33

Auskunftsvertrag

- Zurechnungszusammenhang
= Zeitablauf 99, 176

Belehrungspflicht des RA

- >, baubegleitende 99, 6

Belehrungspflicht des StB/WP

- Bilanzierungspflicht
= Kleingewerbetreibender 99, 98
- Entnahme, steuerfreie,
§ 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG 99, 18
- Fehler des Vorberaters 99, 197
- Frist
= Klage, aussichtslose 99, 186
- Investitionszulagenantrag 99, 50
- Kleingewerbetreibender
= Bilanz, unnötige 99, 98
- Reinvestitionsrücklage 99, 171
- Vollverzinsung, § 233a AO 99, 199

Berichtigung, § 129 AO

- Einnahme-/Überschußrechnung 99, 46
- USt-Vorauszahlung 99, 46

Berufspflichtverletzung

- Mitteilung an Berufskammer 99, 158

Berufsverbot

- > des RA 99, 75
- = wg. Verteidigerpost

Berufung

- >, zweite 99, 12

Berufungsbegründung

- Darlegungslast 99, 186

Berufungsbegründungsfrist

- Antrag, mangelhafter 99, 116
- Fristenkontrolle 99, 113, 117
- Verlängerungsantrag, erster 99, 83
- Wiedereinsetzung 99, 83

Berufungsfrist

- Parteibezeichnung 99, 32

Berufungsschrift

- Auslegung der > 99, 32
- Falschbezeichnung, erkennbare 99, 32

Beschlagnahmebeschluß

- Bestimmtheit 99, 203
- Bilanzen etc. 99, 203

Betrug

- Zahlungsunfähigkeit, Bestellung 99, 24

Beweislast

- Anscheinsbeweis
= Rechtsauffassung des FA 99, 147
- Betriebsprüfungsbericht 99, 147
- Honorarrückforderung 99, 39
- Sitzungsprotokoll 99, 73
- Vergleichsinhalt 99, 73

Buchführungsauftrag

- Neuerstellung
= Darlegungslast 99, 197

Darlegungslast

- Buchführung, Neuerstellung 99, 197
- Nachbesserung 99, 197

Dritthaftung

- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
= Auskunft 99, 176

Entnahme

- >, steuerfreie,
§ 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG 99, 18

Erhaltungsmodeill

- Steuervorteile 99, 138

Finanzgerichtsordnung

- Vorbringen, verspätetes, § 79b Abs. 2 FGO
= Unterlagen beim Konkursverwalter 99, 24

Firma

- Zusatz „und Partner“ 99, 49

Fristenkontrolle

- Berufungsbegründungsfrist 99, 113, 116, 117
- Bote 99, 29
- Empfangsbekanntnis 99, 25
- Fristenkontrollbuch
= Erledigungskontrolle 99, 12
- = >, EDV-gestütztes 99, 113
- = Fristverfügung, Klebezettel 99, 83
- = Organisationsanweisung 99, 61, 112
- = Organisationsverschulden,
Klebezettel 99, 83
- = Streichung der Frist 99, 28
- Fristversäumnis, unverschuldetes
= Anweisung
- > an Bürokraft 99, 12, 61, 112
- Klebezettel 99, 83
- = Beförderung der Post
- > durch Mitarbeiter 99, 29
- = Brief an unzuständiges Gericht 99, 4
- = Empfangsbekanntnis, 99, 12
- = Unterzeichnung des > 99, 141
- = Verkehrsstau 99, 141
- = Verschuldensmaßstab 99, 141
- = Wartepflicht des Gerichts 99, 4
- = Weiterleitung durch Gericht 99, 117
- Kanzlei, gemischte 99, 117
- Organisationsanweisung
= Anruf des Gerichts 99, 30

- = EDV-Kontrollausdruck 99, 113
- = Faxnummer, falsche 99, 61
- = Fristenkontrollbuch 99, 61, 112
- = Gerichtspost 99, 28
- Telefax
- = Nummer, falsche 99, 61
- Vorfrist 99, 170

Gesamtschuld/-schuldner

- Verkehrs- und Prozeßanwalt 99, 124

Gewinnermittlung

- Wahl der Art der > 99, 66

GI Aktuell

- Aktivierung, Gewinnansprüche 99, 81
- Antragsunterschrift, InvZul
- = Telefax 99, 81
- Berufspflichtverletzung
- = Mitteilung an Berufskammer 99, 158
- BVerfG-Urteile zur Familienbesteuerung
- = Folgen 99, 60
- Einkommensteuertarif 99, 132
- Existenzminimum 99, 54
- Fristversäumnis, Verkehrsstau 99, 4
- Gewerbebeertragsteuer 99, 28
- Haushaltsfreibetrag
- = bei Ehegatten 99, 54
- Kinderbetreuungskosten
- = bei Ehegatten 99, 54
- Kinderfreibeträge 99, 58
- Kündigungsfrist
- = Insolvenz (Konkurs) 99, 185
- Lebensversicherung
- = Vertragsänderung 99, 107
- Lohnsteuer
- = ArbG-Beiträge, Gruppenversicherung 99, 184
- = Trinkgelder 99, 108
- Restitutionsklage, Anmeldefrist 99, 2
- Schriftformerfordernis
- = Urkunde, Anlagen 99, 184
- Schuldzinsen, private 99, 4
- Schuldzinsenabzug, Baudarlehen 99, 81
- Telefax
- = Unterschrift 99, 81
- = Vergütung, Urheberrechtliche 99, 82
- Telefonwerbung 99, 106
- Versicherungsbedingungen
- = Anpassungsklausel 99, 107
- Zinsbesteuerung verfassungsgemäß 99, 80
- Zulassung, Rechtsanwalt, DDR 99, 2

GmbH

- Auflösung
- = Gründungsgesellschaft 99, 174
- Bareinlageverpflichtung 99, 20
- Geschäftsführer
- = Einlagebestätigung 99, 20

Hilfeleistung in Steuersachen

- siehe unter Steuerberatungsgesetz

Honoraranspruch des RA

- Belehrungspflicht über > 99, 33
- Einforderbarkeit, Fälligkeit 99, 33
- Honorarvereinbarung
- = Auslegung 99, 85
- Liquidator 99, 85
- Rechtsbeistandstätigkeit 99, 33
- Rechtsberatung, telefonische 99, 203
- Zeitvergütung, Einziehung 99, 203

Honoraranspruch des StB/WP

- Abschlagszahlungen
- = Verrechnung 99, 64

- Änderung der Rechnung
- = > im Gebührenrechtsstreit 99, 71
- Bereicherung, ungerechtfertigte 99, 174
- Bereicherungsanspruch 99, 39
- = > des Mandanten 99, 125
- (s. auch Rückforderungsanspruch, § 812 BGB)
- Bestimmungsrecht, § 315 BGB 99, 39
- Betriebsprüfung 99, 196
- Bilanz, unnötige 99, 98
- Buchführung
- = Abstimmung 99, 151
- = Einrichten der >, §§ 32, 13 StBGebV 99, 71
- = Rahmensatz 99, 71
- = Tätigkeiten, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV 99, 71
- = Überschußrechnung, § 33 StBGebV 99, 66
- = Verprobung 99, 151
- DATEV-Gebühren 99, 151
- Ehegattenveranlagung
- = Erhöhungsgebühr, § 6 StBGebV 99, 204
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV
- = Einzelangaben, nachträgliche 99, 71
- Ermittlungsverfahren, § 31 StBGebV 99, 39
- Fälligkeit, § 7 StBGebV 99, 42
- Fristverlängerungsantrag 99, 204
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV
- = Bestimmungsrecht, Festlegung 99, 39, 64
- = Buchführung 99, 71
- = Darlegungslast 99, 66
- = Gegenstandswert, falscher 99, 204
- = Lohnbuchhaltung 99, 71
- = > gg. Kommanditisten 99, 194
- Kleingewerbetreibender 99, 98
- Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV
- = Rahmensatz 99, 71
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV
- = Vereinbarung, unwirksame 99, 64
- Rechnung, fehlerhafte
- = Nachbesserung 99, 39
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB 99, 125
- Schlechtleistung 99, 125
- Tätigkeit, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV 99, 71
- Unternehmensberatung 99, 193
- Verjährungsbeginn, § 196 Abs. 1 Nr. 15 99, 42
- Vorschuß
- = Rückzahlung des > 99, 174
- Wirtschaftsberatung 99, 193
- Zeitgebühr/-honorar
- = Angaben, § 13 StBGebV 99, 42
- = Betriebsprüfung 99, 196
- = Einrichten der Buchführung 99, 71
- = Ermittlungsverfahren 99, 39
- = Mittelgebühr 99, 71, 196
- = Tätigkeiten, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV 99, 71

Immobilienverkauf

- Beratungsvertrag 99, 138
- Berechnung der Steuervorteile 99, 138

Internet

- Werbeverbot
- = Gästebuch 99, 185

Investitionszulage

- Auftrag zur Beantragung der > 99, 50
- Betriebsvorrichtung 99, 50
- Ladeneinbau 99, 50
- Unterschrift 99, 81

Kausalität

- Information des Mandanten 99, 43
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden
- = Entscheidung des Gerichts 99, 69
- = § 6b EStG - Beratung 99, 171
- = Verhalten, beratungskonformes 99, 91, 171

- Unterbrechung der > = Rechtsanwalt, neuer	99, 44	- Vertreter = Rechtsmittelschrift	99, 115
- Zurechnungszusammenhang = Zeitablauf	99, 176	= >, amtlich bestellter	99, 115
Klageauftrag		Rechtsberatung/Rechtsbesorgung	
- Belehrung über Fristen = Aussichtslosigkeit	99, 186	- Amtspflichtverletzung wg. >	99, 161
Kommanditgesellschaft		- > durch Wirtschaftsprüfer, Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG	
- Kommanditist		= Vertragsberatung	99, 50
= Einlage, Rückzahlung	99, 194	- >, telefonische	
= Haftung	99, 194	= Zeitvergütung, Einziehung	99, 203
Kostenerstattung		- Unternehmensberatung	99, 185, 193
- RA-Honorar, Straßenneubau	99, 203	- Wirtschaftsberatung	99, 193
- StB-Kosten	99, 18	Rechtsmittel	
Liquidator		- Gerichtsentscheidung	
- Honorar		= Form, falsche	99, 61
= Sondervergütung	99, 85	= Meistbegünstigungsgrundsatz	99, 61
Mandatsniederlegung		- >, einheitliches	99, 12
- Fristenlauf	99, 29	- >, wiederholtes	99, 12
- Mitteilungspflicht	99, 29	Rechtswidrigkeitszusammenhang	
Mitverschulden		- Zeitablauf	99, 176
- Bareinlage, GmbH	99, 20	Schaden	
- Fristüberwachung	99, 199	- Eigentumswohnung	99, 16
- Informationen an RA		- Honorar an StB	99, 125
= > durch Mandanten	99, 108	- Kalkulationsschaden, USt	99, 22
- Informationen an StB	99, 43	- Kosten des StB	99, 18
- Prüfungspflicht des Mandanten	99, 25	- Nachbesserungskosten	99, 125
- Steuererklärung		- Prozeßverlust	99, 69
= Zinserträge	99, 25	- Schadenbetrachtung, konsolidierte	
Nachbesserung		= Eigentumswohnung	99, 16
- Darlegungssias	99, 197	- Sozialversicherungsbeiträge	99, 119
- Kosten der >	99, 197	- Sozialversicherungshaftung	99, 119
- Rechnung, fehlerhafte	99, 39	- Steuerzinsen	99, 147
- Schaden	99, 125	- Umsatzsteuer	99, 22
Notar		- Verzugsschaden	99, 69
- Belehrungspflichten		- Zinsschaden	
= Vorleistungen, ungesicherte	99, 91	= Berechnung, abstrakte	99, 161
- Löschungsurkunde	99, 161	Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB	
- Tätigkeit, betreuende, § 24 BNotO		- Auskunft	99, 176
= Löschungsurkunde, Treuhandaufgabe	99, 161	- Zurechnungszusammenhang	
- Vorleistungen, ungesicherte		= Zeitablauf	99, 176
= Grundstück an Liebhaber	99, 91	Sozialrecht	
Prozeßvollmacht		- Beratung durch StB/WP	99, 119
- BGB-Gesellschaft	99, 49	Sozietät	
Rechtsanwalt		- >, überörtliche	
- Belehrungspflicht		= Rechtsanwalt	99, 75
= Vergütungsanspruch	99, 33	= Zweigstellenverbot	99, 75
- Beratungspflichten		Steuerberater	
= Bauvertrag	99, 6	- Wechsel des >	99, 147
- Grundsatz des sichersten Weges	99, 124	Steuerberaterkammer	
- Kündigungsschutzklage		- Berufspflichtverletzung, Mitteilung an >	99, 158
= Sachverhaltsaufklärung	99, 108	Steuerberatungsgesetz	
= zwei Kündigungserklärungen	99, 108	- § 33, Hilfeleistung in Steuersachen	
- Liebhaberei	99, 26	= Sozialversicherungsberatung	99, 119
- Sachverhaltsermittlung	99, 108	Steuerberatungsvertrag	
- Syndikus		- Investitionszulagenantrag	99, 50
= Berufsfreiheit	99, 134	- Kreditvermittlung	99, 15
= Mandatsvertrag, nichtiger	99, 134	- Nachbesserungsrecht	99, 197
= Tätigkeitsverbot	99, 134	- Regreß gg. Vorberater	99, 197
- Tätigkeitsschwerpunkt		- Sozialversicherungsberatung	99, 119
= Forderungseinzug	99, 100	- Zustandekommen des >	
- Untätigkeit	99, 44	= Abschluß, stillschweigender	99, 15
- Versicherungsmandat	99, 44, 192	= > mit Mitarbeiter	99, 22
- Verkehrs-/Prozeßanwalt	99, 124	Steuerbescheid	
		- Übersendungsart	99, 43

Steuererklärung			
- Abgabe, rechtzeitige	99, 69	- Selbstdarstellung, erlaubte	99, 24
		- Sozietät, gemischte	99, 24
		- Telefonberatung	99, 203
Unternehmensberater			
- Rechtsberatung	99, 185	Wettbewerb, unlauterer	
		- Qualitätswerbung	99, 203
Unterschrift		- Telefonauskunft	99, 203
- Wiedereinsetzung	99, 5	- Unterlassungsanspruch	
		= > gg. Sozietät	99, 203
Ursachenzusammenhang			
- siehe unter Kausalität		Wettbewerbsverbot	
		- Sittenwidrigkeit	99, 101
		- >, nachvertragliches	99, 101
Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO			
- Kenntnis des Ersatzpflichtigen		Wiedereinsetzung	
= Ausschluß anderweitiger Ersatz-		- Berufungsbegründungsfrist (s. dort)	
möglichkeit	99, 188	- Unterschrift	99, 5
- Verjährungsbeginn		- Vertrauensschutz	99, 5
= Ersatzmöglichkeit, anderweitige	99, 161, 188		
		Wirtschaftsberatung	
Verjährung, § 51b BRAO		- Rechtsberatung	99, 193
- Belehrung über Fehler und Verjährungs-			
vorschrift, Sekundäranspruch		Wirtschaftsprüfer	
= Anlaß zur Belehrung	99, 161	- Ersatzanspruch	
= Kenntnis des Fehlers und Verjährungs-		= >, abgetretener	99, 161
vorschrift	99, 161	= > wg. Amtspflichtverletzung	99, 161
= Mandant, Volljurist	99, 161	- WP-Gesellschaft	
= RA, neuer	99, 161	= Niederlassungsleiter	99, 100
Versäumnisurteil			
- >, zweites	99, 12	Zinsschaden	
- Wartepflicht des Gerichts	99, 141	- Berechnung, abstrakte	99, 161
Versicherungsberatung			
- Rechtsanwalt		Zugang	
= Brandschaden	99, 44	- Übersendungsart	99, 43
= Kfz.-Schaden	99, 192		
- Verjährung, §§ 852 BGB, 14 StVG, 3 PflVG	99, 192	Zweigstellenverbot, § 28 Abs. 1 BRAO	99, 75
Versicherungsschutz		BVerfG v. 24.7.1997 - 1 BvR 1863/96	99, 100
- Abfindung unter Vorbehalt	99, 133	= WPK-Mitt 97, 317	
- Akteneinsicht		BVerfG v. 20.10.1998 - 1 BvR 1730/98	99, 2
= Ermittlungsakten, StA	99, 161	BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvR 1057/91	99, 54
- Rechtsschutzversicherung		BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvL 42/93	99, 58
= Kostenerhöhung, unnötige	99, 48	BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvR 1852/53/97	99, 58
= Obliegenheitsverletzung	99, 48	BVerfG v. 17.11.1998 - 1 BvL 10/98	99, 28
- Verjährung	99, 133	BVerfG v. 26.11.1998 - 1 BvR 2069/98	99, 2
- Vertrauensschadenversicherung	99, 133		
		BGH v. 21.4.1997 - II ZB 14/96	99, 49
Verspätungszuschläge		= WPK-Mitt 97, 244	
- Verzugsschaden	99, 69	BGH v. 26.5.1997 - AnwZ (B) 64/96	99, 100
		= WPK-Mitt 97, 322	
Vertrauensschadenversicherung		BGH v. 14.7.1997 - II ZR 238/96	99, 101
- Verschulden des Geschädigten	99, 133	= WM 97, 1707	
		BGH v. 19.12.1997 - 2 StR 420/97	99, 24
Verzug		= wistra 98, 177	
- > des Steuerberaters	99, 69	BGH v. 17.2.1998 - 1 StR 5/98	99, 24
		= wistra 98, 179	
Vollmacht		BGH v. 2.4.1998 - I ZR 4/96	99, 75
- Anscheinsvollmacht	99, 26	= AnwBl 98, 604	
- Rechtsbehelfsverfahren	99, 26	BGH v. 2.7.1998 - IX ZR 63/97	99, 33
		BGH v. 16.7.1998 - VII ZR 409/97	99, 12
Vollverzinsung, § 233a AO		BGH v. 16.7.1998 - VII ZB 7/98	99, 32
- Belehrung, Vermeidungsstrategie	99, 199	BGH v. 30.7.1998 - III ZB 7/98	99, 12
- Mitverschulden	99, 199	BGH v. 20.8.1998 - VII ZB 6/98	99, 30
		BGH v. 10.9.1998 - II ZB 21/98	99, 29
Vorteilsausgleichung		BGH v. 17.9.1998 - I ZB 33/98	99, 117
- Steuerzinsen, § 233 AO	99, 147	BGH v. 17.9.1998 - IX ZR 237/97	99, 85
		BGH v. 17.9.1998 - IX ZR 291/97	99, 6
Werbeverbot		BGH v. 28.9.1998 - II ZB 19/98	99, 5
- Internet	99, 185	BGH v. 30.9.1998 - IV ZR 323/97	99, 133
- Leistungsbeschreibung	99, 75	= NVersR 99, 44	
- Notar		BGH v. 8.10.1998 - VII ZB 21/98	99, 116
= Briefbogen, Farbe	99, 100	BGH v. 12.10.1998 - II ZB 11/98	99, 113
- Praxisbroschüre	99, 75	BGH v. 22.10.1998 - VII ZB 15/98	99, 115
- Qualitätswerbung	99, 203		

BGH v. 27.10.1998 - X ZB 20/98	99, 112	LG Düsseldorf v. 9.6.1998 - 7 O 364/97	99, 125
BGH v. 3.11.1998 - VI ZB 29/98	99, 61	LG Frankfurt/O. v. 30.9.1998 - 13 O 154/98, rkr.	99, 147
BGH v. 11.11.1998 - VIII ZB 24/98	99, 83	LG Freiburg v. 30.9.1997 - StL 1/97	99, 75
BGH v. 19.11.1998 - IX ZR 152/98	99, 4, 141	= WPK-Mitt 98, 337	
BGH v. 27.11.1998 - V ZR 344/97	99, 138	LG Krefeld v. 10.1.1997 - 1 S 115/96, rkr.	99, 98
BGH v. 10.12.1998 - IX ZR 358/97	99, 171	LG Leipzig v. 9.3.1998 - 6 Qs 160/97	99, 161
BGH v. 17.12.1998 - VII ZB 19/98	99, 83	= RBeistand 98, 70	
BGH v. 28.1.1999 - I ZR 208/96	99, 82	LG Lüneburg v. 26.8.1997 - 3 O 402/96, rkr.	99, 20
BGH v. 11.2.1999 - IX ZR 14/98	99, 108	LG Marburg v. 14.10.1998 - 5 S 14/98, rkr.	99, 22
BGH v. 25.2.1999 - IX ZR 384/97	99, 134	AG Bremen v. 19.8.1998 - 25 C 0146/98	99, 48
BGH v. 25.2.1999 - IX ZR 30/98	99, 188	AG Duisburg-Hamborn v. 28.10.1997 - 7 C 698/97	99, 151
BGH v. 9.3.1999 - VI ZB 3/99	99, 170	AG Kassel v. 24.8.1998 - 415 C 5461/97, rkr.	99, 199
BGH v. 11.3.1999 - III ZR 156/98	99, 203	AG Neuss v. 21.8.1998 - 39 C 282/96	99, 204
BGH v. 16.3.1999 - XI ZR 76/98	99, 106	= StB 99, 61 m. Anm. Späth	
BGH v. 17.3.1999 - IV ZR 218/97	99, 107	BAG v. 16.6.1999 - 4 AZR 191/98	99, 185
BGH v. 15.4.1999 - IX ZR 328/97	99, 161	BFH v. 15.10.1996 - VII B 119/96	99, 24
BGH v. 11.5.1999 - IX ZR 298/97	99, 186	= BFH/NV 97, 514	
BGH v. 30.6.1999 - XII ZR 55/97	99, 184	BFH v. 31.10.1996 - VIII B 11/96	99, 25
		= BFH/NV 97, 459	
OLG Dresden v. 9.2.1998 - 17 U 267/97	99, 73	BFH v. 8.11.1996 - VII R 89/96	99, 4
OLG Dresden v. 9.6.1998 - 14 U 3245/97	99, 24	= BFH/NV 97, 492	
= BRAK-Mitt 98, 235		BFH v. 28.11.1996 - XI R 76/95	99, 4
OLG Düsseldorf v. 13.2.1997 - 13 U 281/93	99, 16	= BFH/NV 97, 497	
OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 - 13 U 225/96	99, 15	BFH v. 4.12.1996 - IV B 51/96	99, 26
OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 - 13 U 25/97	99, 64	= BFH/NV 97, 500	
OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 - 13 U 32/97	99, 66	BFH v. 12.2.1997 - X B 146/96	99, 26
OLG Düsseldorf v. 8.1.1998 - 13 U 8/97	99, 197	= BFH/NV 97, 542	
OLG Düsseldorf v. 26.2.1998 - 13 U 61/97	99, 119	BFH v. 10.3.1997 - V R 63/96	99, 49
OLG Düsseldorf v. 5.3.1998 - 13 U 84/97	99, 174	= BFH/NV 97, 770	
OLG Düsseldorf v. 26.3.1998 - 13 U 63/97	99, 196	BFH v. 13.3.1997 - III B 135/96	99, 28
OLG Düsseldorf v. 2.4.1998 - 13 U 86/96	99, 39	= BFH/NV 97, 773	
OLG Düsseldorf v. 4.6.1998 - 13 U 151/97	99, 42	BFH v. 13.3.1997 - III B 185/96	99, 28
OLG Düsseldorf v. 4.6.1998 - 13 U 154/97	99, 194	= BFH/NV 97, 773	
OLG Düsseldorf v. 9.7.1998 - 13 U 164/97	99, 69	BFH v. 22.4.1998 - XI R 10/97	99, 26
OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 - 13 U 231/97	99, 71	= NJW 98, 2471	
OLG Frankfurt v. 5.11.1998 - 6 U 130/98	99, 203	BFH v. 27.10.1998 - IX R 44/95	99, 81
= EWIR 99, 161, Anm. Henssler		BFH v. 27.10.1998 - IX R 19/96 + 29/96	99, 81
OLG Frankfurt v. 19.2.1999 - 24 U 85/97	99, 185	BFH v. 26.11.1998 - IV R 52/96	99, 81
= OLG-Report 99, 179		BFH v. 15.12.1998 - VIII R 6/98	99, 80
OLG Hamm v. 21.3.1997 - 25 U 110/96	99, 25	BFH v. 17.12.1998 - III R 87/96	99, 81
= NWB Fach 30, 1127		BFH v. 19.2.1999 - VI R 43/95	99, 108
OLG Hamm v. 14.9.1998 - 6 U 48/98	99, 133	BFH v. 16.4.1999 - VI R 60/96 + 66/97	99, 184
= OLG-Report 99, 69		FG Berlin v. 20.11.1998 - 8 K 8072/97	99, 46
OLG Jena v. 4.8.1998 - 8 U 391/98	99, 176	FG Brandenburg v. 10.11.1993	99, 50
OLG Karlsruhe v. 22.12.1994 - 18a U 12/94,	99, 50	- 2 K 154/92 I	
rkr. nach Rücknahme		Schleswig-Holst. Amtsgerichtshof	
der Revision unter Az. IX ZR 22/95		v. 19.6.1998 - 2 AGH 4/98	99, 75
OLG Koblenz v. 28.10.1997 - 4 O 759/97	99, 50	= AnwBl 98, 605	
OLG Koblenz v. 18.6.1998 - 5 U 1653/97	99, 193	VG Sigmaringen v. 4.12.1997 - 8 K 268/96	99, 100
OLG Köln v. 29.7.1998 - 6 U 66/98	99, 203	= WPK-Mitt 98, 351	
= BRAK-Mitt 99, 43		OFD Frankfurt v. 5.11.1998 - S 0824 A-2-St II 41	99, 158
OLG Köln v. 6.8.1998 - 18 U 293/98	99, 43		
OLG München v. 15.12.1997 - 1Z RR 338/96	99, 44		
= AnwBl 98, 608			
OLG München v. 27.2.1998 - 21 U 4491/97	99, 124		
= AnwBl 98, 608			
OLG München v. 21.7.1998 - 5 U 5920/976	99, 192		
= AnwBl 98, 609			
OLG Nürnberg v. 18.12.1996 - 4 U 3322/96	99, 161		
= RBeistand 98, 29			
OLG Nürnberg v. 23.3.1999 - 3 U 3977/98	99, 185		
= OLG-Report 99, 199			
LG Bonn v. 13.5.1998 - 5 S 199/97	99, 18		
LG Chemnitz v. 15.1.1999 - 5 Qs 2/99	99, 203		
= wistra 99, 154			

StB-Haftung • Belehrungspflicht • Ausländischer Unternehmer • USt-Haftung des Leistungsempfängers • Buchführungsmandat (BGH); Praxisveräußerung • Schlichtungsklausel • Arglisteinwand (BGH); Abschlußprüfung • Schutzbereich zugunsten der Bank? • Leichtfertiges und gewissenloses Handeln (OLG Düsseldorf); Anwaltshaftung • Verdeckte Sacheinlage • Vertrag mit Schutzwirkung

zugunsten Dritter (OLG Düsseldorf); Gründungsprüfung • Umwandlung GmbH in AG • Haftung (OLG Hamm); Steuerberatungsvertrag • Beratungsfehler • Beweislast (OLG Frankfurt); StB-Honorar • Mittelgebühr • Zeitgebühr für Steuerfachangestellten • Verjährungsunterbrechung (LG Aschaffenburg)

und aktuelle Entscheidungen, die von besonderer Bedeutung sind.



BEIHEFTER:

In unserem GI-Beihefter informieren wir über aktuelle Themen rund um die betriebliche Altersversorgung. Beispielsweise erläutern wir die Möglichkeiten eines Sammelgutachtens für Pensionsrückstellungen oder eine

Alternative zur zeitaufwendigen und kostenintensiven Gutachtenerstellung für Pensionsrückstellungen. Zusätzlich erhalten Sie einen Kurzüberblick zu aktuellen Gesetzesänderungen in der betrieblichen Altersversorgung.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-40 70
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.